

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 15.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 7. bis 13. April 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 18. April 1916.

Inhalt: Zur Rede des Reichskanzlers, S. 319—328. — „Kurjer Poznański“ und die Angriffe auf die Nationaldemokratie, S. 328. — Zur Gründung des „Kraj“, S. 328. — „Kurjer Poznański“ über politische Reise und Unreise, S. 328. — Die Saisonarbeiter, S. 329. — Museumsverein in Posen, S. 330. — Der kaufmännische Beruf, S. 331. — Berliner Hilfsverband für Österreich-Ungarn, S. 331. — über die Opferwilligkeit für Polen, S. 332. — „Aus Posen“, „Nowa Reforma“, S. 332. — Zuziehung von Nichtmitgliedern zu den Fraktionsitzungen, S. 333. — „Gazeta Grudziadzka“ über die polnische Politik in Galizien, S. 333. — „Wiarius Polski“ über die beiden Polenrichtungen, S. 334. — Neuer Statthalter für Galizien, S. 335. — Die Unabhängigkeit des Papstes und die Polen, S. 335. — Zur Erklärung der „Hundert“ in Warschau, S. 336. — Erklärung gegen Dmowski, S. 337, 338. — Die polnische Sprache bei den Gerichten in Polen, S. 339. — Die Presse in Deutsch- und Österreichisch-Polen, S. 339. — Litauen: „Głos Narodu“, S. 339. — Vom Hilfskomitee für Polen, S. 340. — German, der stellvertretende Vorsitzende des Reichsrats über die polnischen Parteien, S. 342. — Aus Krakau, S. 342. — Denkschrift der russischen Reaktionäre, S. 344. — Zu den Lausanner Besprechungen, S. 344. — Gäste aus Dänemark in Krakau, S. 344. — Die polnische Hilfsaktion in Amerika, S. 345.

Polnische Preßstimmen zur Rede des Herrn Reichskanzlers.Aus Nr. 85 des Wielkopolanin (Posen)
vom 12. April 1916.**Die polnische Fraktion schweigt.**

Während der Statsdiskussionen im deutschen Reichstag, im Laufe deren der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg seine bekannte Rede hielt, beschloß die polnische Fraktion bekanntlich, nicht das Wort zu ergreifen.

Der „Kurjer Poznański“, der sich darauf zu berufen liebt, daß er die Hand am Puls der Volksgemeinschaft halte, hat aus diesem Anlaß hervorgehoben, daß die Volksgemeinschaft die Haltung der Fraktion „grundsätzlich billige“. In Lausanne unternimmt Herr Roman Dmowski politische Aktionen im Namen der Volksgemeinschaft, ohne von derselben die Ermächtigung und das Mandat erhalten zu haben. Bei uns beruft sich der „Kurjer“ gleichfalls auf die Volksgemeinschaft, und er stellt die Frage in so absolut selbstgewisser Form hin, als hätte er ein Mandat, im Namen und Auftrage der Volksgemeinschaft zu sprechen.

Der „Kurjer“ irrt. Wir wissen, daß sogar in ihm nahestehenden Kreisen, natürlich in solchen, welche denken, und zwar politisch denken können, das Schweigen der Fraktion während der letzten Statsdiskussionen, sowie auch bei anderen früheren Gelegenheiten, nicht nur keiner Anerkennung und Billigung begegnet, sondern der Gegenstand einer tiefgehenden Unzufriedenheit und sogar Erbitterung ist.

Im Gegensatz zum „Kurjer“ nehmen wir es unserer parlamentarischen Vertretung übel, daß sie in einem unbestreitbar ungeheuer bedeutungsvollen Moment keine würdigere Haltung einzunehmen mußte oder einnehmen wollte, als Schweigen, daß sie keine Haltung einzunehmen wußte, welche dem ethischen und politischen Wert der Sache mehr entspräche, welche die Fraktion mehr als irgend jemand von uns zu repräsentieren berufen ist, woraus keineswegs die unbedingte Notwendigkeit des Aufstellens von Zukunftsprogrammen sich ergibt.

Im Reichstage haben fast alle politischen Parteien das Wort ergriffen. Es sprachen die Konservativen, das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten. Der Kanzler sprach auch von der

künftigen Gestaltung der verschiedenen Nationen, wie der Esten, Letten, Litauer und Polen. Und indem er Rußland und die russischen Beamten angriff, hob er gleichzeitig nachdrücklich hervor, Deutschland könne nicht gestatten, daß der lange bedrückte slawische Volksstamm dem Internationalisierungsprozeß unterliege. Wenn irgendwo und jemandem, so hätte hier der polnischen Fraktion es nicht an Material fehlen dürfen zur weiteren Auseinandersetzung von Internationalisierungsprozessen. Es gibt hier ein großes und reichliches Material, auch mit Rücksicht auf unser polnisches Volk (das seit über 120 Jahren ein wahrer Paria unter den Nationen ist).

Anläßlich der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg bemerkte das „Berliner Tageblatt“: „Man kann nicht behaupten, daß die Polen, Esten, Litauer und Letten bisher politisch selbständige Nationen und an Selbständigkeit gewöhnt waren. Für diese Volksmassen bedeutet das ihnen von Bethmann-Hollweg angekündigte Los nicht Knechtschaft, sondern Befreiung von der Knechtschaft.“

Mit Recht hat schon der „Dziennik Poznański“ darauf hingedeutet, daß „die Polen eine selbständige und an Selbständigkeit gerohnte Nation waren zu Zeiten, als noch niemand an Belgien als einen besonderen staatlichen Organismus dachte“.

Auch andere Absätze der Kanzlerrede boten Gelegenheit, das Wort zu nehmen. Und es brauchte das keineswegs hier Geschwätz oder politische Geschwätzigkeit zu sein, sondern es handelte sich nur darum, die Frage so hinzustellen, daß daraus die würdige Haltung unseres Volkes hervorging. Das Schweigen der Fraktion bildet einen Beweis mehr dafür, daß unser Teilgebiet inmitten aller drei polnischen Landesteile sich am traurigsten präsentiert, nicht nur hinsichtlich der Sprache und der Literatur, sondern auch nicht minder hinsichtlich des Mangels an Leuten. Das Königreich hat seine Lubomirski, Dmowski und die Realisten, Galizien hat die Bilinski, Glombinski, Starbek, und sei es auch nur Daszynski. Man kann mit ihrer Richtung und mit ihren politischen Ansichten einverstanden sein oder nicht, man kann sie preisen oder verdammen, bestreiten läßt sich aber nicht, daß das tiefere anziehende Geister sind. Bei uns haben wir beschränkte Doktrinäre und Spezialisten dafür, wichtige Fragen im rechten Moment zu übersehen. (Die Verödung und politische Unfruchtbarkeit, wie

sie sich 120 Jahre nach dem Verlust unserer selbständigen politischen Existenz bemerkbar machen, sind im preußischen Teilgebiet größer, als in den beiden anderen Landesteilen, und Hand in Hand damit gehen die unvollkommene Würdigung des ethischen Werts unserer Existenz und der Verfall des Geistes.

Furchtbar ist die Psychologie der Knechtschaft. (Die eingeklammerten Absätze hat die Zensur gestrichen).

Aus Nr. 82 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 8. April 1916.

Zur Rede des Herrn Reichskanzlers meint das Blatt:

Das Aufrollen der polnischen Frage seitens des Reichskanzlers bestätigt nur die Tatsache, daß der gegenwärtige Krieg die polnische Frage zu einer internationalen Frage gemacht hat. — Ihre Erledigung ist mithin abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die der weitere Verlauf des Krieges noch mit sich bringen kann. Die Regierungen in Berlin und Wien sind aber entschlossen, sie so zu regeln, daß Rußland nicht nur die polnischen Lande verlieren wird, sondern daß auch die zwischen der Ostsee und den wolyhynischen Sümpfen wohnenden Völker, die von den Mittelmächten befreit worden sind, nicht mehr zu Rußland zurückkehren. Der Kanzler hat hier, wie wir sehen, ein sehr deutliches und gegen Rußland gerichtetes Programm aufgestellt. Und in soweit ist dieses Programm auch positiv. Die Erledigung der polnischen Frage selbst hat der Kanzler vorläufig im Dunkeln gelassen, indem er anscheinend von der Voraussetzung ausging, daß zu einer eingehenderen Besprechung der Lösung der polnischen Frage noch nicht der entscheidende Zeitpunkt gekommen ist, daß mithin anscheinend noch nicht alle endgültigen Bedingungen dafür gegeben sind.

Aus Nr. 42 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 7. April 1916.

Zur Rede des Reichskanzlers

schreibt die „Gazeta“ u. a. folgendes: Aus den Worten des Kanzlers geht vor allen Dingen die Sicherheit des Sieges Deutschlands und Österreich-Ungarns hervor. Diese Sicherheit tritt auch an den Tag hinsichtlich der endgültigen Erledigung der polnischen Frage. Nach den Worten des Kanzlers werden diese Frage Deutschland und Österreich-Ungarn erledigen. Das bedeutet, daß die Zukunft Polens von Deutschland und Österreich-Ungarn abhängen wird. — Der Kanzler bemerkte auch, daß Rußland an nicht gesicherter Grenze Preußens nicht zum zweiten Male in den Kampf treten dürfe. Wie sich der Kanzler die Zukunft Polens denkt und in welcher Weise die Grenzen Deutschlands gegen Rußland gesichert sein sollen, das hat er nicht gesagt. Auch hinsichtlich Belgiens hat der Kanzler die Kriegsziele Deutschlands nicht näher bezeichnet; er hat aber gesagt, daß Belgien in Zukunft nicht abhängig sein dürfe von Frankreich und England.

Aus Nr. 43 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. April 1916.

Was hat der Kanzler über Polen gesagt?

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt die „Gazeta“ u. a. folgendes: Herr v. Bethmann-Hollweg hatte in seiner Rede die polnische und auch die belgische Frage berührt. Nach den uns übermittelten Berichten sagte der Kanzler in der polnischen Frage folgendes: „Wir sind in eigener Verteidigung in den Kampf gezogen, was vorher war, das ist heute nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts

gegangen, ein Zurück gibt es nicht mehr. Deutschland und Österreich hatten nicht die Absicht, die polnische Frage aufzurollen. Hervorgerufen hat sie das Schicksal der Kämpfe, — jetzt ist sie da und wartet ihrer Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den Stand, der vorher war, wird die Geschichte nach so furchtbaren Vorkommnissen nicht anerkennen“.

Hier hat der Kanzler etwas gesagt, was erst der Aufklärung bedarf. Den amtlichen Bericht besitzen wir noch nicht. Die privaten Berichte stimmen hinsichtlich dieses Punktes nicht überein. Nach dem telegraphischen Berichte des Wolff'schen Bureaus soll der Reichskanzler gesagt haben:

„Belgien wird nach dem Kriege nicht das sein, was es vor dem Kriege gewesen ist.“

Der Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ wiederum behauptet, daß der Kanzler gesagt haben soll: „Polen wird nach dem Kriege neu sein.“ Der Berichterstatter des sozialdemokratischen „Vorwärts“ schreibt ähnlich:

„Nach dem Kriege wird das Polen neu sein, das der russische Tschinownik verlassen hat usw.“

Der Kanzler sprach zuerst von Polen, später von Belgien. Manche Berliner Zeitungen haben somit das Wort „Belgien“ aus dem Wolff'schen Berichte ausgelassen und folgendes berichtet:

„Nach dem Kriege wird es neu sein.“

Am nächsten Tage, am Donnerstag, berief sich der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann auf die Äußerung des Kanzlers, die nach Scheidemann so gelaute haben soll:

„Das Europa, das nach dem Kriege entsteht, wird sich in vielen Teilen vom alten Europa unterscheiden.“

Wir wollten hiermit nur feststellen, daß man den Kanzler verschieden verstanden hat. Die einen meinen, er habe in diesem Satz Belgien, die anderen wiederum sagen, er habe Polen genannt. Der Abgeordnete Scheidemann dagegen behauptet, der Kanzler habe Europa genannt. Was der Kanzler tatsächlich gesagt hat, das wird sich erst aus dem amtlichen Berichte ergeben.

Der Zentrumsabgeordnete Spahn faßte die Rede des Kanzlers so auf, daß hinsichtlich Polens, Litauens und der baltischen Länder die Sache hinlänglich klar sei. Wie er sie sich vorstellt, das hat er nicht gesagt. Es kann sein, daß der Abgeordnete Spahn auf andere Weise erfahren hat, was mit den Ländern im Osten geschehen soll. Aus der Reichstagsrede des Kanzlers läßt sich das nicht entnehmen.

Aus Nr. 82 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 9. April 1916.

Die polnische Frage.

Die Rede des Kanzlers v. Bethmann-Hollweg vom 5. April besagt mit Sicherheit, daß sowohl das Königreich Polen wie auch alle Länder am Baltischen Meer bis zu den Wolyhynischen Sümpfen nicht mehr unter die russische Herrschaft kommen werden. Die Zentralmächte werden die durch ihre siegreichen Heere in Rußland erkämpften Gebiete nicht mehr zurückgeben.

Diese Erklärung des Reichskanzlers setzt allen Kombinationen, denen man hinsichtlich Rußlands überall begegnete, sowohl in der polnischen Gesamtheit als auch wo anders, namentlich aber in der deutschen Volksgemeinschaft, eine Grenze. Daß der Krieg mit dem Siege der Zentralmächte endigen wird, unterliegt für uns keinem Zweifel. Die okkupierten russischen Gebiete, namentlich die polnischen, werden auf keinen Fall mehr an Rußland zurückkehren — wie der Friedensschluß auch sein wird. Der sogenannte russische Gebietsteil wird aufhören, formell zu existieren,

ebenso wie er auch materiell nicht mehr existiert. Polen geht aus der politischen Klammer Rußlands heraus; es zieht seinen Hals aus dem Joche, in dem es erdrückt werden sollte. Der Hauptteil des polnischen Volkes, kehrt aus den Fesseln, die seinen Körper und seinen Geist eingeengt haben, zurück zu dem zivilisierten Westen und zu der Zivilisation und Kultur, deren Beschützer es durch Jahrhunderte gegen den Osten gewesen ist.

Der zweite Faktor der Rede des Reichskanzlers ist der, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die polnische Frage lösen müssen und lösen werden. Und das beweist, daß weder Deutschland noch Österreich-Ungarn diese Frage allein lösen werden. Beide werden das gemeinsam tun. Der Reichskanzler gab keine näheren Einzelheiten darüber an. Diese auszuforschen, wäre nicht nützlich.

Wir haben jedoch aus den Worten des Kanzlers die Gewißheit, daß die polnische Frage gelöst werden wird. Aus seinen früheren Reden wissen wir, daß das polnische Volk nach dem Kriege in Verhältnissen leben wird, die ihm die freie nationale Entwicklung garantieren werden. Aus dem Munde des österreichisch-ungarischen Ministers Burian wissen wir, daß dem polnischen Volke größere Möglichkeiten zu seiner Entwicklung werden gegeben werden. Das alles weist darauf hin, daß die beabsichtigte Lösung der polnischen Frage weder schematisch noch kleingeistig sein, daß sie nur das Interesse der beiden Mächte betreffen wird; sie wird eine solche sein, durch welche Polen die Möglichkeit der nationalen Entwicklung gegeben und das Interesse beider Mächte hierbei nicht ohne Vorteil bleiben wird. Da es Tatsache ist, daß nur ein glückliches und zufriedengestelltes Polen für beide Mächte ein guter Verbündeter gegen Rußland sein kann, so geht daraus hervor, daß die Lösung dieser Frage nur eine solche sein kann, daß Polen glücklich und zufriedengestellt sein wird. Denn nur ein solcher Stand der Dinge wird eine Atmosphäre der Hoffnung schaffen, was offenbar nicht nur Polen, sondern auch den Zentralmächten die höchste Summe der erhofften Vorteile bringen wird.

Im allgemeinen kann deshalb festgestellt werden, daß die Zentralmächte die Zukunft für Polen auf folgenden zwei Grundlagen planen:

1. auf den gemeinsamen Interessen zwischen Polen und Deutschland und Österreich-Ungarn,
2. auf der vollkommenen nationalen Freiheit dieser Teile Polens, die für die Schaffung des neuen Polen in Betracht kommen.

Auf diese Hauptangaben muß sich gegenwärtig die Diskussion über Polen beschränken. Uns Polen ist daran gelegen, etwas mehr davon zu erfahren. Sobald dem aber Schwierigkeiten entgegenstehen, müssen wir uns damit zufriedengeben und hoffen, daß aus diesen allgemeinen Angaben sich die konkrete Lösung, durch welche Polen glücklich und die Zentralmächte zufriedengestellt werden, ergeben wird. —

Aus Nr. 82 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 8. April 1916.

Der Reichstag und der Reichskanzler über die Kriegsziele.

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 5. und 6. d. Mts. ist zum ersten Mal seit Beginn des Krieges mit der „bisher befolgten Politik des Schweigens“ in Bezug auf die Kriegsziele des Reichs gebrochen worden. Es geschah dies zweifellos insbesondere unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die namentlich in der letzten Zeit immer eindringlicher die Möglichkeit für sich beanspruchte, sich über Angelegenheiten, die das ganze Volk betreffen, frei und offen äußern zu dürfen. Bisher mied man es namentlich auf Seiten der Regierung aus leicht begreiflichen Gründen, sich in dieser Hinsicht nach irgend welcher Richtung

hin zu engagieren. Erst gestern küstete Herr v. Bethmann Hollweg zum ersten Mal ein wenig den Schleier, der bisher die Absichten und Ziele seiner Kriegspolitik verdeckte. Und hierin liegt zweifellos der wichtigste Moment der letzten Sitzung des deutschen Reichstages.

Während zu Beginn des Krieges von maßgebender Seite Worte fielen, daß nicht aus Eroberungssucht die Deutschen ihr Schwert aus der Scheide gezogen hätten, und während bisher der Reichskanzler nur von realen Bürgschaften sprach, die in Zukunft die freie Entwicklung der deutschen Macht ermöglichen und sichern sollten, ging Herr v. Bethmann Hollweg am Mittwoch bedeutend weiter und machte sich daran, seinen elastischen und daher strittigen Standpunkt in Bezug auf die für Deutschland notwendigen Garantien, deutlicher zu umschreiben. Herr v. Bethmann Hollweg stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß, wiewohl Deutschland zu seiner eigenen Verteidigung in den Kampf gezogen ist, die Lage heute dennoch nicht mehr dieselbe ist, wie damals „denn die Geschichte sei mit ehernen Schritten vorwärts gegangen und kehre nicht mehr wieder“. Von dieser grundsätzlichen Voraussetzung ausgehend, umschrieb der Kanzler — selbstverständlich immer noch in allgemeinen Umrissen, aber bedeutend deutlicher, als er dies bisher getan hatte — die Kriegsziele der deutschen Regierung, indem er vor allem mit großem Nachdruck betonte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Erhaltung des status quo ante nicht mehr die Rede sein könne. Besonders deutlich und für uns am interessantesten waren in dieser Hinsicht die Erklärungen des Kanzlers über die künftigen Friedensbedingungen gegenüber Rußland. Es ist ein unerschütterlicher Wille der Mittelmächte, das ganze eroberte Gebiet von der Dnieper bis zu den wolhynischen Sümpfen nicht mehr dem reaktionären Rußland auszuliefern. Auf diese Weise wollen die Deutschen verhüten, daß Rußland zum zweiten Male seine Heere gegen die offenen Grenzen Ost- und Westpreußens werfen könnte, und auf diese Weise wollen sie ferner im Namen des Nationalitätengrundsatzes die bisher bedrückten Völker: Polen, Balten, Litauer und Letten, befreien.

Außer dieser negativen Versicherung, daß jene Völker zu Rußland nicht mehr zurückkehren werden, hat aber der Reichskanzler eine deutlichere Erklärung darüber, in welcher Weise die Befreiung dieser Völker erfolgen soll, nicht abgegeben. Selbst die deutschen Blätter wissen nicht, ob sie die diesbezüglichen Worte des Kanzlers als die Ankündigung einer Gebiets-einverleibung auffassen sollen, oder ob sich hier noch andere unsaßbare Kombinationen aufdrängen. Namentlich in Bezug auf die polnische Frage, d. h. hinsichtlich der Zukunft des Königreichs Polen, hat der Kanzler bemerkt, daß diese Frage gelöst werden müsse und daß sie gemeinsam von Deutschland und Österreich-Ungarn, die sich schon heute dieses unglücklichen Landes annehmen, gelöst werden würden. Es ist schwer, aus diesen Worten mehr herauszulesen als aus der Erklärung, die der Kanzler im August v. Js. abgab und in welcher er erwähnte, daß den Polen im Königreich eine freie Entwicklung ihres nationalen Lebens gewährleistet werden soll.

Was die Kriegsziele Deutschlands im Westen anbetrifft, so scheint aus den Worten des Herrn v. Bethmann Hollweg hervorzugehen, daß die deutsche Regierung bereit ist, die eroberten und gegenwärtig okkupierten Gebiete gegen entsprechende Bürgschaften für die deutsche Zukunft aufzugeben. Auch bezüglich des Westens trat der Kanzler im Namen des Nationalitätengrundsatzes in Verteidigung des flämischen Volksstammes auf. Nichtsdestoweniger waren die Ausführungen des Reichskanzlers die Belgien betrafen, in Bezug auf die Kriegsziele noch weniger deutlich als der Teil seiner Rede, welcher den Osten

beträff. Sie sind deshalb auch verschieden aufgefaßt worden. So hat z. B. der Vertreter des Zentrums, den diesbezüglichen Abschnitt der Rede des Kanzlers so aufgefaßt, daß Belgien in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Hände Deutschlands gelangen soll. Der sozialdemokratische Redner dagegen war entgegengesetzter Meinung.

In der deutschen Presse erregte naturgemäß das größte Interesse der Teil der Rede des Kanzlers, der die Kriegsziele betraf. Trotzdem verzichtet die Presse im allgemeinen darauf — oder sie muß, was wahrscheinlicher ist, darauf verzichten — diesen Teil der Rede näher zu erläutern, und sie begnügt sich überwiegend damit, nur allgemeine Bemerkungen daran zu knüpfen. Nur aus den alldeutschen und nationalistischen Organen läßt sich eine gewisse Unzufriedenheit hinsichtlich dessen herausfühlen, daß die Kriegsziele des Kanzlers namentlich im Westen verhältnismäßig maßvolle sind. Der „Vorwärts“ dagegen betont, daß sich die Regierung direkt auf den Boden des Annexionsprogramms gestellt hat.

Eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle in der Rede des Kanzlers spielte die Unterseebootfrage, die bis vor kurzem noch die Gemüter des ganzen deutschen Volkes so sehr bewegte. Herr v. Bethmann-Hollweg beschränkte sich kaum auf einige Bemerkungen, die fast gleichlautend waren, mit der bekannten Resolution der Budgetkommission. Darüber hinaus enthielt die Rede des Kanzlers keine wichtigeren Momente. Sie polemisierte in der Hauptsache eine mit den englischen Kriegszielen der Zerschmetterung und Vernichtung Deutschlands, denen Herr v. Bethmann-Hollweg Kraft, Ausdauer und Vertrauen des deutschen Volkes gegenüberstellte.

Auch die Reden der einzelnen Vertreter der Parteien, namentlich am 2. Verhandlungstage, brachten im allgemeinen nichts Neues. Dabei war es bezeichnend, daß fast alle Redner sich mit den Ausführungen des Kanzlers durchaus einverstanden erklärten, während in Wirklichkeit jeder von ihnen seine Ausführungen in einem anderen Sinne, entsprechend den Wünschen und Anschauungen seiner Partei, deutete. Herr v. Bethmann-Hollweg hatte es nicht eilig, nähere Aufklärung zu geben, sondern verstand es, sich auf diese Weise gleichzeitig die Zufriedenheit des reaktionär-nationalistischen Grafen Westarp und des Sozialdemokraten Scheidemann zu erhalten. Wiewohl mithin, namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik, offenbar scharfe Gegensätze unter den einzelnen Parteien in die Erscheinung traten, waren die Ansichten bezüglich der Kriegsziele nicht so grundverschieden. Nachdem die Redner der Rechten — allerdings mit größerem Nachdruck — die Notwendigkeit einer Annexion Belgiens betont hatten, erklärte auch Herr Scheidemann, der gegenwärtig die Politik der alten sozialdemokratischen Fraktion leitet, daß nur ein politisches Kind annehmen könnte, daß nach einem solchen Kriege kein Grenzstein unberührt bleiben würde. Seine Ausführungen über die Kriegspolitik lösten im ganzen Hause bis zur äußersten Rechten ungeheuren Beifall aus. Bei der neu gebildeten Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft riesen sie natürlich einen scharfen und lauten Protest hervor. Der Abgeordnete Haase erklärte sich entschieden gegen eine Annexionspolitik und verlangte die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens. Bezüglich Polens erklärte er, daß das Land über sein Schicksal allein entscheiden solle. Diese seine Ausführungen fanden aber bei der Mehrheit des Hauses kein Echo. Desgleichen wurde auch der Antrag seiner Partei in Sachen des Unterseebootkrieges abgelehnt, da sich alle Parteien, darunter auch die Sozialdemokraten, mit dem Kanzler auf den Standpunkt der in der Kommission gefaßten Resolution stellten. In der Diskussion wurde diese Frage nicht näher besprochen, nur von Seiten einzelner

Redner fielen scharfe Worte an die Adresse der Amerikaner.

Die Regierung kann mithin mit dem Ergebnis dieser „großen“ parlamentarischen Verhandlungen, wobei zum ersten Male die Kriegsziele frei besprochen wurden, im allgemeinen zufrieden sein.

Die Erklärungen des Reichskanzlers wurden zwar verschieden aufgefaßt — was natürlich auch diesmal nicht dazu beitragen konnte, die Lage völlig zu klären — es hat sich aber aus dem Gang der Verhandlungen abermals gezeigt, daß mit Ausnahme einer kleinen Gruppe der deutsche Reichstag von den rechtsstehenden Parteien bis zu den Sozialdemokraten entschlossen ist, mit der Regierung bis zum endgültigen Siege durchzuhalten. Da dieselbe Stimmung auch in den gegnerischen kriegführenden Staaten herrscht, deshalb muß aus der gegenwärtigen Lage abermals der Schluß gezogen werden, daß trotz des jetzt schon 20 Monate währenden Krieges die Menschheit dem Frieden noch nicht nahe ist.

Aus Nr. 83 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 9. April 1916.

Wochenübersicht.

An der Spitze der politischen Ereignisse der vergangenen Woche stehen natürlich die Verhandlungen, die am Mittwoch und Donnerstag im deutschen Reichstag stattgefunden haben und insbesondere die Rede des Reichskanzlers, in welcher Herr v. Bethmann-Hollweg die deutschen Kriegsziele näher umschrieben hat.

Uns Polen interessiert am meisten das, was der Reichskanzler über die polnische Frage sagte. In seiner Rede fällt namentlich die Wendung auf, daß „die polnische Frage bestehe und ihrer Lösung harre“.

Es scheint, daß zum ersten Male in dem gegenwärtigen Kriege ein verantwortlicher Staatsmann einer der 3 Teilmächte öffentlich erklärt und zugegeben hat, daß der gegenwärtige Krieg die polnische Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe und daß diese Frage bestehe und gelöst werden müsse. In seiner bekannten Rede im August v. Js. sprach der Kanzler nur über das Nahen einer neuen Ära in den polnisch-deutschen Beziehungen und über die bessere Zukunft, der das vom russischen Joch befreite polnische Volk entgegengeht.

Der Kanzler sprach damals die Hoffnung aus, „daß die Befreiung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung bedeute, welche die alten Grundzüge zwischen Deutschen und Polen beseitigen und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen werde, in welcher es die Eigenart seines nationalen Lebens werde pflegen und entwickeln können.“

Gegenwärtig hat der Kanzler positiv angekündigt, daß „nach dem Kriege ein neues Polen sein werde.“ Das Los der Schlachten hat nämlich die polnische Frage entgegen dem Willen und den Absichten Deutschlands und Österreich-Ungarns aufgerollt, diese Frage besteht und harret ihrer Lösung und lösen werden sie Deutschland und Österreich-Ungarn. Wie sie sie lösen werden, das sagte der Kanzler nicht. Deshalb ist es auch begreiflich, daß der Redner des radikalen Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Haase, an den Kanzler die Frage richtete: „Was mit Polen geschehen solle.“

Der treue Anhänger und heiße Befürworter der Ideen eines Marx und Engels, die beide erklärt haben, daß die Teilung Polens ein Verbrechen war, hat sich entschieden gegen eine neue Teilung Polens ausgesprochen. Nach seiner Ansicht und der Ansicht seiner Gruppe, in deren Namen er sprach, soll das polnische Volk selbst über sein Schicksal beschließen.

Die Redner der anderen Parteien beschäftigten sich mit diesem Teil der Rede des Kanzlers bedeutend oberflächlicher. Der Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheit, Abgeordnete Scheidemann, brachte nur seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Polen vom russischen Joch, unter dem sie bisher schmachteten, befreit werden sollten, und der konservative Graf Westarp forderte, daß bei der Lösung der polnischen Frage die deutschen Interessen in Bezug auf die Interessen Österreich-Ungarns entsprechend berücksichtigt werden sollten.

Mehr Interesse erwiesen die Redner aller Parteien dem Teil der Rede des Kanzlers, der Belgien betraf. Alle Redner der bürgerlichen Parteien erklärten sich für eine Annexion Belgiens und nur die Sozialdemokraten — sowohl die Anhänger des radikalen als auch gemäßigten Flügels, — erklärten sich dagegen. Die beiden sozialdemokratischen Gruppen unterscheiden sich aber hinsichtlich der auf die Auslegung der Rede des Kanzlers; während nämlich der Abgeordnete Ebert den Kanzler so verstanden hatte, als ob die Regierung nicht daran denken würde, fremde Nationen zu unterjochen, forderte der Abgeordnete Haase die staatliche Wiederherstellung Belgiens und seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. (Folgt eine Übersicht über die Kriegslage.)

Aus Nr. 87 des Wiarus Polski (Böhm)
vom 13. April 1916:

Zur Rede des Herrn Reichskanzlers

bemerkt das Blatt:

Wir Polen haben aus der Rede des Reichskanzlers erfahren, daß Deutschland die eroberten polnischen Landesteile Rußland freiwillig nicht zurückgeben wird. Wir haben diese Nachricht ohne Vorbehalte und unbegründete Illusionen aufgenommen. Nur polnische „Politiker“, die Gott wer weiß was und den nicht-polnischen Faktoren Dankbarkeit schulden, unterstellen dem deutschen Reichskanzler Gedanken und Absichten, die er nicht geäußert hat oder nicht äußern wollte oder konnte. Es ist dies eine sündhafte Betörung, die den schärfsten Tadel verdient. Wir Polen sollten uns nicht die Köpfe verdrehen, sondern nüchtern in die Welt blicken und vor allem daran arbeiten, das polnische Volk vor dem Untergange zu retten und es hinsichtlich der Sittlichkeit, der Aufklärung und des Wohlstandes auf eine möglichst hohe Kulturstufe zu stellen, denn eine solche Arbeit bringt unserem Volke unbedingt Vorteile. Ueberdies ist es heute leichter, unserer Sache zu schaden, als zu nützen.

Aus Nr. 178 des Goniec (Warschau)
vom 7. April 1916.

Zur Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat im deutschen Reichstag eine bezeichnende Rede gehalten, von der neue Lichtstrahlen auf die durch die Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz geschaffene Lage im allgemeinen und auf die polnische Frage im besonderen fallen.

Der Reichskanzler hat festgestellt, daß infolge der Losreißung der polnischen Lande von Rußland die polnische Frage auf die Tagesordnung gelangt sei. Sie verlange eine Lösung, und die Mittelmächte entzögen sich nach diesem kompetenten Redner dieser Aufgabe nicht.

Die Erklärung des Reichskanzlers ist sehr wichtig. Obgleich sie genauere Erläuterungen zu dem Umfang, zur politischen Form und zu den konkreten Einzelheiten dieser Lösung nicht enthält, so enthält sie doch ein gewisses Quantum eines umschriebenen Inhalts, welches unsere Sache auf den richtigen Boden stellt. Besteht doch die polnische Frage allein darin, daß eine kulturelle geschichtliche Nation existiert, die der eigenen

politischen Formen und der normalen Entwicklungsbedingungen beraubt ist. Die Lösung der Frage kann nichts anderes sein, als die Erreichung dieser Bedingungen, als die Schaffung von Organisationsnormen, welche den Aspirationen und kollektiven Bedürfnissen der Nation entsprechen.

Der Reichskanzler hat wiederholt betont, daß Deutschland den Krieg nicht führe, um territoriale Eroberungen zu machen. Es konnte seine Ziele ohne Krieg erreichen, wenn man es in Ruhe gelassen und seine Sicherheit sowie seine Interessen nicht bedroht hätte. Aber der Krieg ist zur Tatsache geworden, und es kann keine Rede davon sein, daß man seine Folgen auslöschen und zum status quo ante zurückkehren könnte.

Deutschland will nach dem Kriege die Sicherheit vergewissern und einen Schutz haben. Es kann auch nicht das Königreich Polen in den Händen Rußlands belassen, weil dieses Land den Russen offensive Operationen erleichterte, für Deutschland ein offenes Einfallstor in die ungeschützten Gegenden des deutschen Kaiserreichs war. In Zukunft muß dieses Tor gegen die Russen fest verschlossen sein. Dies verlangt entschieden das Staatsinteresse Deutschlands. In dieser Richtung müßte sich auch die Lösung der polnischen Frage bewegen.

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen gab der Reichskanzler noch eine andere wichtige Erklärung ab, auf die wir in seinen früheren Reden nicht einmal in Form einer allgemeinen Anspielung gestoßen sind. Er machte bekannt, daß Deutschland nicht die Absicht habe, die Völker und Länder, welche der Krieg von Rußland schon befreit hat, unter die Herrschaft Rußlands zurückzugeben.

„Spricht doch auch Herr Asquith — lauteten die Worte des Reichskanzlers — von dem Grundsatz der Nationalität. Kann er, wenn er dies tut und wenn er sich in die Lage des unbesiegten Gegners versetzt, annehmen, daß Deutschland jemals sich freiwillig damit einverstanden erklären würde, die von ihm und seinen Verbündeten befreiten Völker zwischen der Ostsee und den Sümpfen Wolhyniens der reaktionären Gewalt Rußlands ohne Rücksicht darauf, ob dies Polen, Litauer, Balten oder Letten sind, zurückzugeben? Nein, meine Herren, zum zweiten Mal wird Rußland nicht mehr seine Heere nach den ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreußens entsenden.“

Ohne auf die verschiedenen konkreten Möglichkeiten einzugehen, die der vom Reichskanzler aufgestellte allgemeine Grundsatz aufdrängt, wollen wir die Aufmerksamkeit der Leser auf die breite Perspektive hinlenken, die sich von ihm über unsere eigenen Angelegenheiten sowie über die im allgemeinen durch den Krieg hervorgerufenen politischen Aufgaben erstrecken.

Auf die Tagesordnung, die sich aus den heutigen Kämpfen, Schlägen und Feuersbrünsten eines neuen Europa entwickelt, gelangen ausgebreitete Probleme, auf die man das richtige Maß anzuwenden verstehen muß. In der gedankenlosen Blasiertheit und in dem Geschwätz des letzten Jahrzehnts ist der Begriff der polnischen Frage bei uns banal geworden: Unselige Statisten aus der Petersburger Fraktion erzählten Leichtgläubigen, daß in den Kabinetten der Restaurationen von Donau und Kuban „die polnische Frage aufgerollt wird.“

In einer solchen Schule konnte unsere Intelligenz den Rest des Gefühls, was die nationale Sache ist und wie sie auf dem Schauplatz der Geschichte hervortritt, höchstens nur verlieren.

Heute ist die polnische Frage im Laufe der Ereignisse in den Vordergrund getreten und nimmt in den internationalen Kombinationen fast eine solche Stelle ein, wie in den Zeiten Napoleons. Nur von uns hängt es ab, daß sie nicht nur eine Frage des polnischen Landes, sondern auch und zwar vor allen Dingen eine Frage der polnischen Nation wäre.

T. G.

Aus Nr. 162 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 7. April 1916.

Aus Anlaß der Rede des Reichskanzlers.

Die mit gespannter Aufmerksamkeit erwartete Rede des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg war eine bezeichnende Kundgebung der Kraft und des festen Selbstvertrauens der siegreichen Regierung, welche der Redner vertritt. Für uns waren natürlich besonders die Worte wichtig, welche die polnische Frage betrafen. Obgleich diese Worte kein umschriebenes und in sich abgeschlossenes Programm enthalten, wofür der laufende Augenblick nicht günstig ist, so waren sie doch höchst berechtigt. Der Reichskanzler hat festgestellt, daß das Schicksal der Schlachten die polnische Frage aufgerollt habe, und daß „Deutschland und Österreich-Ungarn sie lösen müssen und lösen werden, weil nach solchen Erschütterungen die Geschichte einen „status quo ante“ nicht kennt.“ Wir haben also eine positive Ankündigung der Lösung dieser Frage.

In welchem Geiste?

Es sind in der Rede Hinweise, daß sie im Geiste des nationalen Interesses Polens gelöst werden wird. Der Reichskanzler beruft sich nämlich auf die Worte Asquith, welcher den Grundsatz der Nationalität berührt hat, und er bemerkt im Zusammenhang mit diesen Worten, daß Deutschland niemals zugeben werde, daß die von ihm und von seinen Verbündeten befreiten Völker an das reaktionäre Rußland zurückgegeben werden würden. Der Nachdruck ist hier auf die Tatsache der Befreiung der Völker gelegt, also mittelbar auf die Tatsache, daß sich diese Völker nicht mehr in den knelenden Fesseln ähnlich denen befinden werden, in denen sie in der russischen Knechtschaft lebten. Dieser Abschnitt steht im Zusammenhang mit dem folgenden sehr wichtigen Abschnitt, der da ankündigt, daß die polnischen Lande nicht mehr das Einfallstor für das ungeschützte Deutschland sein werden.

Bei der Folgerung von Schlüssen aus diesen wichtigen diplomatischen Äußerungen kann man nicht Punkte über das i setzen, kann man nicht schon mit eiserner Konsequenz auf noch entfernt liegende Konjunkturen schließen. Man darf jedoch in diesen Ausführungen Hinweise sehen, welche logisch und politisch von den Forderungen der Lösung der polnischen Frage nicht abweichen.

Aus Nr. 101 der Godzina Polski (Lodz)
vom 9. April 1916.

Ein historischer Tag.

Während des gegenwärtigen Krieges bildete die polnische Frage wiederholt ein Thema, das die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich lenkte. Man berührte sie in Tagesblättern, Broschüren, Aufrufen, in den Arbeitszimmern der Diplomaten und in den Parlamenten. Es sprachen über sie fast alle diejenigen, für die der Gang der geschichtlichen Ereignisse nicht nur eine Sammlung von einzelnen Tatsachen, sondern eine Vorbereitung für die weitere Entwicklung der Gestaltung der Völker ist. Für dieses Leben hat Polen als ein zwischen zwei Kulturen getriebener Keil, als eine Brücke, die dem Westen den Weg zur Erreichung seiner Einflüsse nach dem Osten öffnet, und als eine Mauer, die den Byzantinismus, das echte Russentum, vor der Modernisierung schützt, eine außerordentliche Bedeutung.

Jede unmittelbar an der polnischen Frage beteiligte Macht muß auf sie vom Gesichtspunkt des eigenen Vorteils blicken. Demgemäß regelt sich auch die Kristallisierung der Anschauungen sowohl bezüglich der Art der Lösung der polnischen Lage als auch hinsichtlich der Taktik, an die man sich, um möglichst günstige Vorteile zu erlangen, halten muß.

Was die Art der Lösung der polnischen Frage betrifft, so sind bisher auf Seiten derjenigen Faktoren, die eine entscheidende Rolle in den beteiligten Mächten spielen, nur wenig Stimmen laut geworden. Am wenigsten verschwiegen war aber in dieser Hinsicht Rußland. Durch den Mund seines Oberkommandierenden, des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch stellte es die Lösung der Vereinigung aller polnischen Landesteile, selbstverständlich unter russischem Zeppter in den Vordergrund. Von dieser Voraussetzung ausgehend, billigten die russischen Staatsmänner eingedenk ihres Russentums die Aenderung des bisherigen Verhältnisses. Rußlands gegenüber den Polen und waren zu immer größeren Zugeständnissen bereit. Diese ihre Haltung stand in direkter Beziehung zu den Mißerfolgen der russischen Waffen. Je weniger polnisches Land in den Händen der Russen verblieb, umso bereitwilliger zeigten sie sich, den Polen Zugeständnisse zu machen. Es kam schließlich soweit, daß gegenwärtig die offiziellen Erklärungen von russischer Seite von Leuten, die auf die Dinge real blicken, nicht mehr ernst genommen werden. Aus diesem Grunde hatte auch das letzte Auftreten Sazonows in der Duma nur einen negativen Erfolg; es war eine leere Redensart ohne realen Wert.

„Wir haben keine Zeit zur Rhetorik“ — jagte der Reichskanzler in seiner großen Rede am 5. April im deutschen Reichstage. Dieser Ausspruch ist ein krasser Gegensatz zu allem, was bisher von russischer Seite verkündet worden ist. Er ist zugleich ein Beweis dafür, daß alles das, was an jenem denkwürdigen Tage Herr v. Bethmann-Hollweg jagte, keine Schönderelei war, um Effekt hervorzurufen und Popularität zu erlangen, sondern daß es eine genaue sachliche Darstellung dessen war, was in den Absichten Deutschlands liegt und feste Grundlagen zur Verwirklichung hat. Der deutsche Reichskanzler ist nicht populär. Es muß — wie dies aus seiner bisherigen Tätigkeit hervorgeht — festgestellt werden, daß er niemals nach Popularität trachtete. Das, was er sagt, ist bis ins kleinste auf Wirklichkeit gestützt, und gerade diese Wirklichkeit bildet die Grundlage, auf welcher man bauen kann.

Die maßgebenden Faktoren der Mittelmächte haben bisher in Bezug auf das Sicherklären in der polnischen Frage Zurückhaltung geübt. Weder in den Parlamenten noch in der halbamtlichen Presse wurde die Regelung dieser Frage erörtert, obwohl der Gang der kriegerischen Ereignisse den betreffenden Stellen das Recht gab, über die künftige Gestaltung dessen, was sie erobert haben, zu sprechen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß erst dann, wenn das Schicksal des Krieges und alle mit ihm verbundenen Folgen entschieden sein werden, eine entsprechende Grundlage dafür vorhanden sein wird, um einen Bau aufzurichten, mieden sie jede unfruchtbare Erörterung. Ein Teil unseres Volkes empfand diese Zurückhaltung, die im krassen Gegensatz zu den oft verlockenden Erklärungen von russischer Seite stand, unangenehm. Er legte sich keine Rechenschaft darüber ab, daß der Wert der Projekte nach der Größe der Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung eingeschätzt werden muß. In der Atmosphäre der Sklaverei erzogen, wollte er durchaus von Seiten derjenigen, die uns von der Sklaverei befreit haben, auch nur etwas darüber hören, daß der Zeitabschnitt der Sklaverei für uns tatsächlich vorbei sei; er lauschte selbst dem leisesten Geflüster, das imstande gewesen wäre, den Schleier der geheimnisvollen Zukunft etwas zu lüften. Man darf sich daher nicht wundern, daß ein Volk, das sich, wie das unsrige, nach Freiheit sehnt und seine Kräfte im Kampf um diese Freiheit zerrüttet hat, nachdem es diese Stimme nicht vernahm, allmählich unwillig und gleichgültig wurde und den Glauben an die Möglich-

keit einer solchen Änderung der Verhältnisse, die es für ewige Zeiten von der Sklaverei befreien würde, verlor.

Auf den ersten Blick erscheint die Rede des Reichskanzlers weniger bedeutungsvoll. Wir werden sie aber anders einschätzen, wenn wir berücksichtigen, daß sie der Vertreter des deutschen Reichs hielt, der sich der Verantwortlichkeit für das, was er spricht, vor der Geschichte und vor dem Volke bewußt ist. Die kategorische Form, mit welcher Herr v. Bethmann-Hollweg die polnischen Gebietsteile von der russischen Landkarte strich, ist an sich schon eine Bürgschaft dafür, daß dieser Imperativ verwirklicht werden wird.

Von unserem Standpunkte aus betrachtet, ist die Feststellung dieser Tatsache von weittragender Bedeutung. Welche Form auch die Rußland abgenommenen Gebietsteile erhalten werden, die Tatsache, daß sie aufgehört haben und aufhören werden, ein integrierender Bestandteil des russischen Staats zu sein, für uns das entscheidende Moment. Von nun an haben wir die Gewißheit, daß das Schicksal unseres Volkes mit demjenigen Rußlands nicht mehr verknüpft ist und daß die Lösung der polnischen Frage bei den beiden Mittelmächten zu suchen ist.

Deshalb wird der 5. April, der Montag, an dem die Russen vor 9 Monaten Warschau verlassen haben, in der Geschichte Polens ein historischer Tag sein.

Aus Nr. 101 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 10. April 1916.

Betrifft die Rede des Reichskanzlers.

Die Rede des Reichskanzlers ist bedeutungsvoll nicht nur deswegen, weil sie in klarer und bestimmter Weise die Stimmung der deutschen Regierung ausdrückt, sondern auch deshalb, weil sie bis zu einem gewissen Grade die Grundsätze kennzeichnet, nach denen die Friedensverhandlungen eingeleitet werden könnten.

Deutschland muß nach den Worten des Reichskanzlers die Sicherung eines dauernden Friedens sowohl nach Westen, als auch nach Osten fordern. Im Westen kann den Frieden die Ausschließung Belgiens von den englisch-französischen Einflüssen sichern. Als zu diesem Ziele führendes Mittel sind Bestrebungen angezeigt, welche dem flämischen Element, das der germanischen Rasse verwandt ist, das Übergewicht — und was daraus folgt, die Neutralisierung der wallonischen Einflüsse sichern würden. Im Osten zwischen der deutschen Grenze und Rußland die Schaffung einer starken Mauer, welche einen leichten Angriff seitens Rußlands unmöglich machen würde.

Diese Mauer soll das Land sein, welches gegenwärtig von dem deutschen siegreichen Heere im Kampfe mit Rußland erobert worden ist, das Land, welches von Polen, Litauen, Letten und Deutschbalten und anderen Nationalitäten bewohnt wird.

Zweifellos erschöpfen diese Grundsätze eine ganze Reihe anderer Fragen ersten Ranges nicht, welche Gegenstand der Friedensverhandlungen sein werden. Und ebenso sicher ist es, daß diese Grundsätze in London und Paris, besonders aber in Petersburg keine freundliche Aufnahme finden werden.

Aber der Ausgangspunkt ist festgelegt worden.

Heute betäubt der Kanonendonner alles. Jeden Tag können die Kriegsergebnisse eine solche Wendung nehmen, daß die von Herrn v. Bethmann-Hollweg aufgestellten Grundsätze hohe Bedeutung annehmen können. Aus dem Teil der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg, welcher sich auf die polnische Frage bezieht, sind die beiden Punkte am wichtigsten:

1. daß die Wiederherstellung des status quo unmöglich sei, daß das Königreich Polen zu Rußland nicht zurückkehren könne;

2. daß bei der Regelung der polnischen Frage der von Herrn Asquith aufgestellte Grundsatz, daß die Rechte der kleinen Völker geachtet werden sollen, verbindlich sein wird.

Aus Nr. 176 des Czas (Krakau)
vom 6. April 1916.

Der Reichskanzler über die polnische Frage.

„Die polnische Frage besteht und harret ihrer Lösung“ — diese Erklärung, abgegeben auf der hohen parlamentarischen Bühne durch den Kanzler des Deutschen Reichs, hat geschichtliche Bedeutung als Wendepunkt in den Anschauungen der deutschen maßgebenden Kreise in der polnischen Frage. Bisher bestand zwischen den Großmächten gewissermaßen ein stilles Abkommen, die polnische Frage totzuschweigen oder sie offiziell als endgültig erledigt anzusehen. In der Tat, so lange der ganze Komplex der internationalen Verträge, die sich auf einen künstlichen, aber augenblicklich die Ruhe des Gleichgewichts sichernden Grundsatz stützten, bestand und verpflichtete, stieß die Besprechung der polnischen Frage auf unüberwindliche Schwierigkeiten, die erst mit dem Augenblick aufhörten, als der bewaffnete Konflikt zwischen Deutschland und Rußland das ganze Gebäude der diplomatischen Konvenienz und der gegenseitigen Verpflichtungen zerrümmerte. Daher lieferte auch Herr v. Bethmann-Hollweg, indem er offen, aufrichtig und laut proklamierte, daß die polnische Frage bestehe, den Beweis, daß er ein Staatsmann ist, der es versteht, im entscheidenden Augenblick mit tief eingewurzelten Vorurteilen zu brechen und inmitten verwickelter internationaler Kombinationen den richtigen politischen Wegweiser zu finden versteht, um mit dem Blicke in die Zukunft eines neuen Europa zu schauen.

Der Reichskanzler kündigte ferner an, daß die polnische Frage durch Österreich-Ungarn und Deutschland gelöst werden wird. Es wird nur das Ergebnis oder die Folge des bisherigen Verlaufs des Krieges sein, daß die siegreichen Staaten das für Ost- und Mitteleuropa wichtige Problem des zukünftigen Friedens in ihre Hand nehmen werden. Österreich hat in seinem Bereich die nationale Seite der polnischen Frage in einer verständigen und gerechten Weise gelöst; es wird auch zweifellos diese selben Grundsätze zu den Verhandlungen mitbringen, welche die politische Lösung dieser Frage bezwecken werden. Die Worte des Reichskanzlers zeugen davon, daß auch Deutschland im Verein mit Österreich-Ungarn die polnische Frage in dem selben Geiste wird lösen wollen, zumal dies nicht nur mit dem Interesse Mitteleuropas im Einklang stehen wird, sondern zumal auch, die zukünftige Organisation der Mittelmächte, welche den Zweck hat, ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung gegen jegliche Anschläge aus dem Osten und Westen zu sichern, nur im Falle einer günstigen Lösung der polnischen Frage dauernd und kräftig sein kann.

Indem der Reichskanzler die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage durch die Mittelmächte verkündete, schloß er schon dadurch allein die Möglichkeit aus, daß die in Rußland eroberten Länder an diese zurückgegeben werden; da er aber offenbar auf diese Seite des deutschen Kriegsprogramms einen stärkeren Nachdruck legen wollte, erklärte er besonders und in ungewöhnlich feierlicher Weise, daß Deutschland „dem reaktionären Rußland die zwischen der Ostsee und den Sümpfen Wolhyniens wohnenden Völker“ niemals freiwillig ausliefern werde. Diese Erklärung hat für uns eine besondere Bedeutung, weil sie die Gewähr bietet, daß die polnischen Länder bei den zukünftigen Friedensverhandlungen kein Gegenstand von Kombinationen eines Austausches sein werden, daß es

zwischen Deutschland und Rußland auf Kosten der Polen zu keinem Kompromiß kommen wird.

Ein solcher Kompromiß würde übrigens Deutschland die russische Freundschaft niemals sichern; in der polnischen Volksgemeinschaft jedoch müßte er völlig gerechtfertigte Erbitterung hervorrufen; daher wäre auch eine solche Lösung der polnischen Frage nur eine Verlängerung des gegenwärtigen Zustands, sie würde in sich eine dauernde Gefahr für Mitteleuropa werden. Es ist jedoch gut gewesen, daß der Reichskanzler in dieser Beziehung alle Zweifel zerstreut hat, denn dank diesem haben sich die zukünftigen Absichten der Mittelmächte gegenüber Rußland in deutlichen und streng gezeichneten Gestalten gezeigt.

Die Erklärungen des Reichskanzlers in der polnischen Frage, welche dem hohen Niveau seiner Rede angepaßt sind, erlauben uns nicht nur in die nächsten Ziele der deutschen Politik Einblick zu tun, sondern sie sind auch ein Beweis mehr, daß sich das polnische Programm der Mittelmächte zu kristallisieren beginnt, nach gelegentlichen Hinweisen, nicht vorübergehenden Strömungen, sondern im Sinne der höchsten Interessen des internationalen Gleichgewichts des europäischen Festlands. —

Aus Nr. 178 des Czas (Krakau)
vom 7. April 1916.

Nach der Rede des Reichskanzlers.

Die Rede des Reichskanzlers hat in Polen einen mächtigen Eindruck hervorgerufen. Die Feststellung, daß die von der russischen Herrschaft befreiten polnischen Lande, unter die sie niemals mehr zurückkehren werden, ist schon allein eine Lösung der polnischen Frage. Polen wird in jeder Beziehung nach dem Westen zurückkehren, dem es durch seine Geschichte, Religion und Kultur angehört. Durchschnitten werden alle Kanäle, durch welchen das Gift und der Geißel des Byzantinismus nach Polen eindrang.

Der Reichskanzler erklärte weiter, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die polnische Frage entscheiden werden, d. h., daß das Schicksal Polens unabhängig von dem Friedensvertrag entschieden werden wird. Wenn wir die Reichskanzler-Rede als die Bedingungen ansehen werden, unter welchen die Mittelmächte eine Erörterung des Friedens annehmen werden, so werden dies vor allem die belgische und die polnische Frage sein, die letzte als von Rußland unwiderruflich getrennte Frage. Die Verfassung des von Rußland befreiten Polen selbst wird Gegenstand eines Abkommens zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, aber nur zwischen ihnen sein.

Aus der Rede des Reichskanzlers erhellt, daß nicht nur das Königreich Polen, sondern auch diejenigen Lande östlich vom Königreich Polen, welche von Polen bewohnt sind, die polnische Frage bilden. Der Reichskanzler sprach ausdrücklich von den Landen zwischen der Dniewa und den Sümpfen Wolhyniens. In der Rede des Reichskanzlers fällt auf, daß er, als er von den befreiten Völkern sprach, die Ruthenen nicht nannte.

Die Rede des Reichskanzlers macht den Beunruhigungen ein Ende, welche manche polnische Seele quälten, und sie unterspült die Grundmauern mancher pseudo-politischer Kombinationen.

Während sich einerseits der Glaube festgesetzt hat, daß Rußland „manu militari“ in das Königreich Polen nicht zurückkehren wird, wurde andererseits aus gewissen Quellen die Befürchtung verbreitet, daß dies auf diplomatischem Wege geschehen könnte. Der Reichskanzler zerstreut diese Befürchtung; Polen wird nicht Gegenstand eines Handels sein.

Für Polen ist die Meinung keiner Nation gleichgültig, das ist gewiß. Aber die Geschichte hat uns

gelehrt, daß die westlichen Staaten, welche der Entente angehören, an die polnische Frage niemals ernstlich gedacht haben. Trotzdem spukte in manchem Gemüte die Orientierung der Koalition. Der Reichskanzler zerstört ihre Grundlagen, denn er stellt ausdrücklich fest, daß das Schicksal Polens ausschließlich von Deutschland und Österreich-Ungarn entschieden werden wird.

Und noch in einem Punkte bringt die Rede Beunruhigung. Die ruthenische Frage muß von den Polen gelöst werden, und sie wird es sicherlich zum Nutzen und zur nationalen Entwicklung des ruthenischen Volkes. Es ist ein Abkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abzuwarten. Wir hegen die Hoffnung, daß es nach unserem Wunsch ausfallen wird, denn dieser Wunsch stützt sich auf politische Grundlagen. Wir sagen „politische“, denn nur dieses Kriterium entscheidet über die Verfassungen von Staaten und Völkern, wie nur strategische Rücksichten über einen Krieg entscheiden. Dieser aber geht dem Ende entgegen, und um einem friedlichen Leben Erfolg zu sichern, dazu gerade ist die Politik und nur sie berufen. Sie sollte uns ein freies und genügendes Atmen geben, damit wir in die Reihe der Völker der westlichen Kultur als ihre Hilfe, nicht als ihre Last eintreten könnten.

Aus Nr. 176 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 7. April 1916.

Der deutsche Reichskanzler über die polnische Frage.

Krakau, den 7. April 1916.

In der vorgestrigen Rede im deutschen Reichstag widmete der Reichskanzler von Bethmann Hollweg einen Abschnitt der Frage der im Westen und Osten eroberten Gebiete und — der polnischen Frage. Sie ist die erste reale Erklärung in der polnischen Frage, daher von allen bisherigen die wichtigste, weil sie der Vertreter eines siegreichen Staats ausspricht und weil in ihr schon gewisse Thesen und bestimmte formulierte Entschlüsse enthalten sind. Wenn v. Bethmann Hollweg in der polnischen Frage spricht, so ist dies etwas ganz anderes, als wenn dies Sazonow oder irgend ein anderer russischer Minister tut. Denn v. Bethmann Hollweg spricht im Namen Deutschlands, welches zusammen mit Österreich die polnischen Lande erobert hat und festhält; es hat also alle in die physische Möglichkeit, die politische Angelegenheit dieser Länder so oder so zu erledigen.

Dieser grundsätzliche Unterschied verleiht den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers in der polnischen Frage eine unendlich größere Bedeutung als alles, was in dieser Materie Vertreter des aus den polnischen Landen verdrängten Rußland sagen können.

Als der Reichskanzler von der Bühne des Reichstags die polnische Frage zum ersten Mal berührt hatte, ging er über eine allgemein gehaltene Feststellung der Intentionen seines Staats und über eine Anerkennung der Tugenden und der Berechtigungen des polnischen Patriotismus nicht hinaus. Und obgleich die in der damaligen Erklärung schon enthaltene Ankündigung der Befreiung der polnischen Lande vom russischen Joch sehr wichtig und wertvoll war, so war sie doch nicht genügend konkret gehalten, ließ sie noch eine ganze Reihe von Fragen ersten Ranges ungelöst.

Die vorgestrige Erklärung des Reichskanzlers ist eine konsequente weitere Entwicklung der ersten und auf dem durch diese erste Erklärung gewiesenen Wege ein sehr bedeutender Schritt vorwärts (folgen drei von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen). Wir finden in ihr schon eine Reihe positiver und negativer Feststellungen, deren Formulierung und Verkündung durch den Mund des Reichskanzlers einen zweifellosen und sehr bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung,

in der Stellung und in der Lösung der polnischen Frage bedeutet.

Was sagt nämlich der Reichskanzler?

Er sagt, daß die „Geschichte“ unerbittlich einen Schritt vorwärts gegangen sei und auf dem Wege nicht umkehren werde. Deutschland und Österreich-Ungarn hätten nicht die Absicht gehabt, die polnische Frage aufzurollen, aufgerollt habe sie das Schicksal der Schlachten. Jetzt bestehe sie und harre ihrer Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn würden sie lösen.

Wir haben in diesen Worten vor allem die grundsätzliche Feststellung, daß der Krieg gewisse neue Lagen geschaffen hat, die nicht mehr verschwinden können. Neue Formen, die nicht mehr zerfallen können. Weiter stellt der deutsche Reichskanzler direkt und ohne alle Vorbehalte fest, daß die polnische Frage, welche die deutsche und österreichische Regierung aufzurollen nicht die Absicht hatten, das Schicksal der Schlachten wieder aufgerollt habe, daß diese Frage heute bestehe und daß sich beide Mittelmächte kraft ihrer Siege zur Lösung dieser Frage allein für berechtigt hielten.

Diese klare Feststellung des Bestehens der polnischen Frage und die Ankündigung ihrer Lösung bedeuten einen ungeheuren Schritt vorwärts auf dem Wege zur wirklichen Lösung dieser Frage. Zum ersten Mal kommt diese Feststellung aus deutschem Munde, und sie kommt in einem solchen Moment, welcher dieser Erklärung eine große geschichtliche Bedeutung verleiht. Hier ist der Wendepunkt eines der großen geschichtlichen Wege einer großen Nation, eines Weges, welcher bisher durch die Negation der polnischen Frage und durch die systematische Ausrottung aller ihrer Elemente ging. — Der deutsche Reichskanzler, der in seinen Ausführungen voll Ruhe und Würde von seinen Kollegen jenseits der Schlingengraben so großartig absteht, bewahrt auch in der Stellung dieser Frage voll und ganz die ihn kennzeichnende große Würde und ehrliche Denkart. Ohne sich in die Toga irgend einer Wohlthat zu hüllen, ohne sich auf irgendwelche Deklamationen von irgend welchen „Brüderlichkeiten“ und Gemeinschaftlichkeiten einzulassen, stellt er einfach die Tatsache fest, daß die polnische Frage entstanden ist, und zwar keineswegs durch jemandes Willen, durch irgend jemandes Absicht, wollten doch weder Deutschland noch Österreich im Gegensatz zu Nikolaus Nikolajewitsch die polnische Frage aufrollen —, sondern sie ist durch die Macht der Dinge, durch die Fügung des Schicksals der Schlachten aufgerollt worden. In der Vorstellung des Reichskanzlers ist demnach die von diesem Schicksal der Schlachten aufgerollte Frage kein Akt irgend jemandes Willen, sie ist kein Zug auf dem politischen Schachbrett, sondern sie ist eine vollzogene Tatsache, geschaffen durch den Verlauf des Krieges als eine seiner notwendigen Konsequenzen, die außerhalb des Bereichs des Willens und der freien Abicht der Kriegführenden entsprungen ist. Aus der Aufrollung der polnischen Frage schlägt der deutsche Reichskanzler für sich kein politisches Kapital, er webt auf ihr kein Netz zu dem zukünftigen diplomatischen Spiel, sondern er stellt einfach und ehrlich die vollzogene Tatsache fest, die sich als solche für ihn außerhalb des Bereichs der sogenannten politischen „Trümpfe“ befindet, die man entsprechend den Umständen und den aus ihnen entspringenden Bedürfnissen verbergen und zeigen kann, wie dies gerade Rußland und seine westlichen Verbündeten mit der polnischen Frage tun.

In diesem objektiven Standpunkt des Reichskanzlers zum Bestehen der polnischen Frage steckt der grundsätzliche Unterschied im Charakter und in dem Wert, welcher zwischen seiner Erklärung und den russischen und allen anderen Erklärungen besteht. Den Wert dieses Unterschiedes heben weitere Feststellungen deutlich hervor. Der Reichskanzler stellt also vor allem fest, daß er die Rückkehr zum status quo ante bellum

für ausgeschlossen halte. Das Polen des russischen Tschinowniks, welcher es plünderte und bedrückte, und das Polen des Kosaken, welcher es noch beim Weggange niederbrannte, dieses Polen besteht nicht mehr. Dagegen beginnt ein anderes Polen zu bestehen, nicht ein geschenktes, nicht ein von der Diplomatie ausgeflügeltes Polen, sondern ein Polen als geschichtliche Notwendigkeit, geschaffen durch das Schicksal der Schlachten, ein Polen, in welches Rußland nicht mehr zurückkehren wird.

Weder Asquith noch irgend ein anderer kann sich nach der Ansicht des Reichskanzlers vorstellen, daß „Deutschland jemals freiwillig die von ihm und seinem Bundesgenossen befreiten Völker, welche zwischen der Ostsee und den Sümpfen Wolhyniens von der Herrschaft des reaktionären Rußlands befreit worden sind, seien es Polen oder Litauer, seien es Balten oder Letten, wieder zurückgeben werde.“

Neben dieser grundsätzlichen Feststellung, daß Deutschland diese Lande Rußland niemals freiwillig zurückgeben wird, ist hier sehr wichtig die Zeichnung der Grenzlinie — „von der Ostsee bis zu den Sümpfen Wolhyniens“ und die Aufzählung der vier Völker: Polen, Litauer, Balten und Letten. Diese sorgfältige Spezifizierung besagt, daß an dieser Stelle durch den Mund des Reichskanzlers nicht der erst projektierende, sondern der schon vollziehende Politiker gesprochen hat, daß der Redner nicht mehr aus der Phantasie geschöpft hat, sondern aus bestimmten realen Inhalten, mit denen er als Material für seinen Bau operiert. Es wird hier nicht ausführlich von irgendwelchen Territorien gesprochen, sondern es wird ausdrücklich auf die und die und nicht auf jene Territorien hingewiesen. Noch wichtiger ist, daß nicht andere Nationalitäten genannt werden, daß man nicht mit ethnographischen Ausdrücken jongliert, sondern daß man nur diejenigen aufzählt, welche bei der Entscheidung des Schicksals des oben bezeichneten Territoriums in Frage kommen. Hier also gibt der Reichskanzler der besprochenen Frage hinsichtlich der beiden wichtigsten Dinge — hinsichtlich des Territoriums und hinsichtlich der Nationalität — eine konkrete Form, und zwar tut er dies klar und bestimmt. Für Märchen, für Legenden, für Phantasien bleibt hier kein Raum. Es wird von einem solchen Lande und von solchen Völkern gesprochen, aber von nichts anderem.

Und zum Schluß gibt der Reichskanzler die Beweggründe gerade einer solchen Stellung der Frage an. Auch sie sind klar, einfach und ehrlich. Es ist das Interesse Deutschlands, welches nicht erlaubt, daß Rußland noch einmal seine Heere an die ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreußens führe, daß es noch einmal für französisches Geld aus dem polnischen Lande ein Einfallstor mache, durch welches es in das ungeschützte Deutschland eindringen kann. —

Auf dem Boden dieser Beweggründe nehmen die vorhergehenden Feststellungen des Reichskanzlers einen realen Inhalt an. Aus den Landen von der Ostsee bis Wolhynien muß Deutschland einen Riegel gegen eine Wiederholung der russischen Invasion schaffen. Wenn also nach der Ankündigung des Reichskanzlers Deutschland und Österreich-Ungarn die polnische Frage lösen sollen, so muß sich diese Lösung auf dieses defensive russenfeindliche Ziel stützen, welches für den deutschen Reichskanzler den Ausgangspunkt in der Prüfung der polnischen Frage bildet. Auf diese Weise gibt der Reichskanzler gleichzeitig schon die grundsätzliche Richtung dieser angekündigten Lösung der polnischen Frage an.

Alle diese Momente bilden klare Anzeichen des positiven Werts, welchen für die polnische Frage die Äußerungen des Reichskanzlers haben. Sie bestätigen voll und ganz unsere Voraussetzungen, von denen die polnische Politik, welche vom Obersten Nationalkomitee und von den Legionen vertreten wird, ausgegangen ist,

und sie stellen für die polnische Frage gute Hoffnungen in Aussicht.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 83 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. April 1916.

Eine Koalition.

Der „Goniec Wielkopolski“, das Organ des Herrn Bernhard Miłski, ist vor 2 Wochen mit einem Artikel unter dem Titel „Die Nationaldemokratie und unsere Politik“ hervorgetreten.

Die „Gazeta Grudziądzka“, das Organ des Herrn Wiktor Kulerski, griff diesen Artikel des „Goniec“ eine Woche später auf und faßte die Ausführungen des „Goniec“ mit ihren eigenen unter der gemeinsamen Überschrift „In einer grundsätzlichen Sache“ zusammen.

Die „Kölnische Volkszeitung“, das Organ des rheinischen Zentrums, trat in der Folge unter Berufung auf den „Goniec Wielkopolski“, die „Gazeta Grudziądzka“ und den in Lissa im Entstehen begriffenen „Kraj“, das Organ des Herrn Paul Dombek, hervor und schrieb über alles das unter dem Titel „Die polnischen Nationaldemokraten und die polnischen Volksblätter“.

Der „Katolik“, das schlesische Organ mit seinen zahlreichen Abklatschen, trat zuletzt zum Sturm an, und, alles zusammenfassend, skizzierte er unter dem Titel „Die Nationaldemokratie in Preußen und die polnische Volksgemeinschaft“ den moralischen Sinn des Kollektivfeldzugs mit der seinerseits abgegebenen Versicherung, daß er mit allen oben angeführten Ausführungen ohne Vorbehalt einverstanden sei.

Und der Inhalt dieser Ausführungen: die vierfach vereinigte Klage über „das nationaldemokratische oder Kurjer-Kommando“, dessen Macht zum Glück schon zerbröckle.

Der Leser wird fragen: Warum eine solche Mobilmachung von gar vier Pressemächten an den vier Enden des Deutschen Reiches, da doch das Objekt des Angriffs in seinen Kräften so gesunken ist? Die Antwort auf die Frage überlassen wir der Vermutung jedes Einzelnen. Wir lassen gleichfalls den Inhalt der kriegerischen Artikel unbeantwortet, in welchen die Genauigkeit und Wahrhaftigkeit der Ausführungen — sagen wir es schnell in Ermangelung eines besseren Ausdrucks in landläufiger Manier — viel zu wünschen übrig lassen. Und wir antworten nicht — weniger mit Rücksicht auf den Burgfrieden, als vielmehr mit Rücksicht auf den Mangel an Lust zum Austausch von Ansichten mit den erwähnten Organen, gleichzeitig auch mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit eines solchen Unternehmens. Soweit wir überhaupt auf diesen „Feldzug“ die Aufmerksamkeit gelenkt haben, taten wir dies nur deshalb, damit auch unsere Leser wenigstens einigen Einblick in diese Sache erhalten.

Aus Nr. 81 der Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 7. April 1916.

Gerüchte.

Die Probenummer des „Kraj“ ist bisher nicht erschienen und wird angeblich nicht erscheinen, da die Herausgeber einen anderen Weg gefunden haben, um ihre Ideen der Volksgesamtheit zu übermitteln.

Es wird ein Blatt genannt, welches die Absicht hat, der Richtung, welche von den Herausgebern des beabsichtigten „Kraj“ vertreten wird, Gastfreundschaft zu gewähren. Es wird sogar von dem Ankauf des betreffenden Blattes gesprochen.

Wieviel Wahres an diesen Gerüchten ist, läßt sich vorläufig schwer feststellen. Wir geben sie lediglich zur Information wieder. Wahrscheinlich wird die allernächste Zeit zeigen, wie es mit der Tatsache in Wirklichkeit ist.

Aus Nr. 79, 80 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. und 6. April 1916.

Politische Reise und Unreise.

Die politische Reise von Völkern ist bedingt durch eine ganze Reihe von Momenten sowohl subjektiver als auch objektiver Natur. Zu den angeborenen Rasseeigenschaften treten erworbene Tugenden und Eigenarten, der Grad der Kultur der breiten Massen, wirtschaftlich-zivilisatorische Fähigkeiten, die Gesittung der einzelnen Volksschichten, politische Traditionen der Vergangenheit und schließlich die Bedingungen der politischen Existenz, geringere oder größere Ungebundenheit im Handeln, Freiheit des Wortes usw.

Daß die polnische Nation sich nie durch besondere politische Reise hervorgetan hat, ist eine mehr als bekannte Tatsache. Die adelige Oberschicht, die in dem unabhängigen Polen das Steuer der Staatsregierung und der politischen Einflüsse in Händen hielt, hatte zweifellos eine ganze Reihe erstklassiger öffentlicher Vorzüge und Tugenden — ausgenommen den Augenblick des tiefsten Falles zu sächsischen Zeiten —, aber sie besaß keine hinlängliche politische Reise, sie wußte sich weder in den Problemen der staatlichen Politik zu orientieren, noch die entsprechenden Mittel zu wählen zur Verwirklichung der beabsichtigten Ziele.

Die Zeiten nach der Teilung haben fürwahr keine günstigen Bedingungen zur Ausbildung in der politischen Reise in der Nation geschaffen. Aufständische Regungen und die messianistische Poesie — das ist der ganze so reiche und dennoch in seiner Einseitigkeit zugleich so arme Inhalt der polnischen Politik in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts. Die politischen Ideen der Stajzyr, Lubecki, Wielopolski vermochten sich in der überreizten, nervösen Atmosphäre der himmelanstrebenden Flüge und tragischen Falsche keinen Einfluß zu erkämpfen.

Erst an der Reize des verflossenen Jahrhunderts begannen das Bewußtsein und die politische Ausbildung in der Volksgemeinschaft zu erwachen, und die hervorragendste, wenn nicht entscheidende Bedingung dieser Änderung zum Besseren war die Demokratisierung der Volksgemeinschaft, wie sie sich vor allem im preussischen Teilgebiet und im Königreich vollzogen hat. Im Posenschen riefen die Einbuße eines bedeutenden Teiles des Bodens durch den Adel, im Königreich die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse neue Volksschichten ins öffentliche Leben, die frische Kräfte, Instinkte, Anschauungen und Methoden des Handelns mit sich brachten. Der unter den schwierigsten Bedingungen geführte politische Kampf im preussischen Teilgebiet ließ bald nicht nur die Festigkeit und die moralische Energie, sondern auch die politische Reise der großpolnischen Volksgesamtheit zu Tage treten. Im Königreich schloß lange Zeit hindurch noch das Fehlen jeder Möglichkeit, im breiten Maßstabe Politik zu treiben, das Zutagetreten der Tugenden und Vorzüge aus, welche die politische Reise ausmachen. Aber schon die konstitutionelle Ära in Rußland brachte uns lebendige Beweise kräftiger und gesunder politisch-nationaler Reime. Man mag verschiedene Phasen der Duma-Politik der polnischen Fraktion in Petersburg anfechten; es wird aber, wenn man besonders das Fehlen jeder Tradition nach dieser Richtung hin in Betracht zieht, niemand bestreiten, daß die polnische Volksvertretung auf diesem Boden mit großer Gewandtheit und Fähigkeit die polnischen Interessen vertreten hat. Der z. B. in Sachen des Chelmer

Landes geführte, wenngleich nicht von Erfolg gekrönte Feldzug gehört zu den Ruhmesblättern der Politik der Petersburger Fraktion.

Aber es handelt sich hier nicht mehr um die parlamentarisch-politische Aktion. Wichtiger ist, daß die polnische Volksgemeinschaft im Königreich selbst, im Lande, Fähigkeit zum nationalen Sicheinwirtschaften gezeigt, daß sie alle übrigens so verschwindenden Freiheiten der konstitutionellen Ära auszunützen gewußt, daß sie in dem Rahmen der Möglichkeit das geradezu riesige Werk der sozialen Organisation auf allen Gebieten des Kollektivlebens ausgeführt hat. Erwägt man, daß hierfür jede Vorbereitung fehlte, daß die an die unterirdische Verschwörerarbeit gewöhnte Nation sofort völlig anderen Bedingungen der öffentlichen Tätigkeit Auge in Auge gegenübertrat, so wird man umsomehr die Riesengröße der überwundenen Schwierigkeiten würdigen müssen. Wenn wir uns daran erinnern, dann werden wir uns nicht darüber wundern, daß das Königreich auch während des gegenwärtigen Krieges inmitten von geradezu katastrophalen Erfahrungen und Prüfungen die Energie und die politische Überlegenheit nicht eingebüßt hat. — Die Haltung welche die dortige Volksgemeinschaft gegenüber den verschiedenartigen Kriegsvorgängen eingenommen hat, eine Haltung voll Würde und Nationalbewußtsein, zeugt von einem reichen Vorrat schätzbarer Eigenschaften, welche ein hohes Niveau politischer Reife zur Voraussetzung haben.

Schon aus dem oben Gesagten geht hervor, daß politische Reife nicht irgend eine spezifische Fertigkeit oder ein Vorzug ist. Politische Reife bildet sich, wächst und erstarkt auf dem Boden der allgemeinen Entwicklung schöpferischer sozial-nationaler Funktionen. Eine Nation also, die es durch ihre wirtschaftliche Organisation zu einer hohen Blüte gebracht hat, ein Volk, welches breite Fundamente für die allgemeine Aufklärung legte, welches ferner sich ausweisen kann durch geschickt arbeitende Institute auf dem Gebiete des Wissens, der Zivilisation, der Philanthropie und der öffentlichen bürgerlichen Tätigkeit, eine solche Nation wird auch in der Politik Reife, Aufgeklärtheit und Befähigung für eine zielbewußte Aktion besitzen. Wo umgekehrt die sozialen Funktionen lahmten, abreißen und ein Bild der inneren Ungeundheit bieten, da ist auch das Niveau der politischen Bildung ein niedriges, unbefriedigendes. Natürlich können sich auch in einem solchen Mittelpunkt politische Talente finden, aber ihre Tätigkeit wird überaus erschwert sein, und sie wird unvermeidlich in Opposition stehen zu den populären Anschauungen der breiten Massen.

Wenn wir diese allgemeinen Bemerkungen auf die drei polnischen Teilgebiete anwenden, so ist leicht nachzuweisen, daß sich durch politische Reife der Landesteil nicht auszeichnen kann, der heute aufs deutlichste auf die Führung in der nationalen Politik Anspruch erhebt, Galizien nämlich. Wir wissen doch, wie traurig dort fast auf allen Gebieten das Niveau der Ausbildung und der sozial-bürgerlichen Energie ausgesehen hat. Ungeachtet verhältnismäßig günstiger politischer Verhältnisse, ungeachtet des Landtages und der polnischen Staats- und Selbstverwaltungsbehörden im Lande stieß man auf jedem Schritte auf Symptome der politischen Ungeundheit, welche die übrigen Teilgebiete entweder nie aufgewiesen oder sich ihrer seit langem entledigt hatten. Es genügt auf den traurigen Stand des polnischen Handels und Gewerbes hinzuweisen, auf die nur allzuoft erbärmliche Landwirtschaft, welche es zum Verlust vieler Güter in jüdische Hände gebracht hat; es reicht hin, den Mangel an Energie und an sozialer Initiative auf dem Gebiet der von Spekulanten monopolisierten Parzellierung hinzuweisen, auf die verhältnismäßig schwache Entwicklung der Genossenschaften, um darzutun, daß die

sozial-wirtschaftliche Bilanz Galiziens vom polnischen Gesichtspunkte aus sich keineswegs günstig darstellte. Das haben auch sehr ehrenwerte galizische Bürger selbst mit großer Erbitterung zugegeben, zumeist übrigens nur unter vier Augen, denn öffentlich hörte man ungern die Wahrheit.

Und das politische Leben Galiziens? Sollen wir tatsächlich diese ganze Erbärmlichkeit der Partei- und Wahlkämpfe in Erinnerung rufen? Es reicht doch wohl hin zu sagen, daß da, wo Leute wie die Breiter, Groß, Reizes, Löwenstein und Stapinski sich, und zwar mit Erfolg, erdreisteten, nach dem politischen Einfluß zu greifen, von politischer Gesundheit der Volksgemeinschaft nicht die Rede sein konnte. Die galizische Politik war eine demokratische, bürgerliche, sozialistische, jüdische, sie war eine Politik des konservativen Gutshofs und der Wiener Kabinette, und sie schweifte oft auf die sprichwörtlichen, schmutzigen Wege ab, die von dem späteren Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees sanktioniert wurden, aber allgemein polnische Elemente waren in ihr sehr wenig vertreten.

Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß in engsten, aufrichtigen polnischen Kreisen Galiziens gegen diesen Stand der Dinge eine immer kräftigere Reaktion zu erwachen begann, und man kann zu Gunsten der galizischen Volksgeamtheit sagen, daß sich neue Strömungen der Gesundheit, der moralischen Tüchtigkeit und des Volksbewußtseins immer breitere Kreise von Anhängern und Kämpfern gewannen. Aber dieser Prozeß der Wiedergeburt wurde durch den Krieg unterbrochen. Man kann sich nicht vorstellen, daß alles das Böse, das den Organismus Galiziens vergiftete, unter dem Einfluß des Krieges sofort spurlos verschwunden sei; wir können angesichts dessen auch mit dem aufrichtigsten Willen an die politische Reife Galiziens nicht glauben und umso weniger die Aspirationen der Krakauer Politiker darauf anerkennen, die Nation zu repräsentieren und sie zu führen. Unsere politischen Methoden sind andere, unsere Art und Weise zu denken, ist eine abweichende. Angesichts dessen müssen wir alle von dorthier kommenden Lösungen und Programme mit kühlem Skeptizismus prüfen, der in diesem Falle eben durch die heiße Liebe zur Sache geboten ist.

Aus Nr. 83 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. April 1916.

Die Saisonarbeiter.

Unter den vielen Opfern des Krieges in Polen gibt es eine Kategorie, von der man wenig spricht und noch weniger schreibt. Es sind das die Saisonarbeiter aus dem Königreich, welche beim Erwerb suchen durch den Krieg im Auslande überrascht wurden. Diese ganze Masse Volkes, darunter Frauen und Kinder, war in den ersten Kriegsmonaten völlig der Verbindung mit den Familien in der Heimat beraubt und dazu verurteilt, in Geduld die Ereignisse abzuwarten, deren Echo aus dem Lande herüberschallte, wo über ihre heimischen Wohnorte der alles zerstörende Kriegsorkan dahinzog.

Als die Besetzung der polnischen Lande durch die deutschen Heere vollzogene Tatsache war, hatten diese Arbeiter zwar nicht die Möglichkeit, auf ihre heimatische Scholle zurückzukehren, aber doch wenigstens die, sich mit ihren Familien brieflich zu verständigen. Anfangs bereitete dieser in deutscher Sprache zugelassene Briefverkehr dem mit der deutschen Sprache nicht vertrauten, einfachen Manne so manche Schwierigkeit, und doch wurde diese einzige Möglichkeit einer Verbindung mit dem Heimatlande eifrig ausgenutzt. Gegenwärtig können die Briefe schon in der Mutter-

sprache abgefaßt werden, was zweifellos eine bedeutende Erleichterung in dem Briefverkehr bedeutet, soweit Postbehörden am Orte schon funktionieren.

Die Wohltaten der Postverbindung können jedoch nur diejenigen Arbeiter ausnützen, die aus den von den deutschen Heeren besetzten Gebieten stammen.

In einer schlimmeren Lage befinden sich jedoch die Saisonarbeiter, welche aus den Teilen des Königreichs stammen, die von Österreich-Ungarn besetzt sind. Diesen Arbeitern ist bis heutigen Tags die Möglichkeit des Briefverkehrs mit den Familien und umgekehrt genommen.

Nach den im „Dziennik Narodowy“ enthaltenen Informationen haben die sämtlichen zum Zwecke der Anknüpfung gegenseitiger Beziehungen unternommenen Versuche bis jetzt nicht die gewünschten Resultate gezeigt. Diese Versuche werden, wie Herr A. Dziaczkowski in dem erwähnten Blatte schreibt, besonders von Seiten der Familien der Saisonarbeiter sehr oft unternommen. Die Gemeindebehörden in der Kieler und Radomer Gegend, woher die meisten Saisonarbeiter stammen, können bestätigen, wieviel Personen sich nach Informationen und mit der Anfrage an sie wenden, ob und wie man Briefe nach Deutschland verschicken könne, auch können sie feststellen, wie oft man trotz allem Briefe versendet, wobei der Erfolg stets derselbe ist: nach zwei bis drei Wochen kommen die Postfächer wieder zurück. Und so haben Zehntausende von um das Los ihrer nächsten Angehörigen beunruhigten Personen nicht die Möglichkeit einer gegenseitigen Verständigung.

Es gibt noch eine andere Gattung von Saisonarbeitern aus dem Königreiche in Deutschland, nämlich die, welche während des Krieges durch völlige Stockung in der Heimat genötigt waren, in der deutschen Industrie und Landwirtschaft Beschäftigung zu suchen und solche auch gefunden haben. Nach Berechnungen von maßgebenden Persönlichkeiten soll die Zahl dieser Wanderleute aus dem Königreiche an 180 000 betragen. Die Arbeitsvermittlung haben die in den größeren Zentren des Königreichs errichteten Arbeitsvermittlungsbureaus übernommen. Die Behörden begünstigen diese Auswanderung mit Rücksicht auf die Not im besetzten Lande und auf den Arbeitermangel im Reiche.

Das Verhältnis zwischen dem Saisonarbeiter und dem Arbeitgeber regelt ein Vertrag, der in polnischer und deutscher Sprache abgefaßt ist. Dieser Vertrag enthält den Vorbehalt, daß der Arbeiter einen Teil seines Verdienstes durch Vermittlung des Arbeitsnachweis-Bureaus seiner im Königreiche wohnenden Familie schicken muß.

Es gibt jedoch keine Instanz, welche die Streitigkeiten zwischen dem Saisonarbeiter und dem Arbeitgeber vernünftig schlichten würde, und hier berühren wir den wundesten Punkt der Saisonarbeiterfrage in Deutschland. Ein solcher in fremden Verhältnissen sich befindender, oft des Lesens unkundiger Arbeiter, der somit die Vorschriften des Kontrakts nicht versteht, muß sich auf den guten Willen seines Arbeitgebers verlassen und besitzt nicht die Möglichkeit, seine berechtigten Interessen zu wahren. Soviel uns bekannt ist, bemühten sich die polnischen Volksvertreter in Berlin in voller Anerkennung der durch den Krieg hervorgerufenen unnormalen Verhältnisse wenigstens die Bildung einer besonderen Sektion bei jedem Generalkommando zu erreichen, welche sich mit dem Schutz der Saisonarbeiter gegenüber der Ausnutzung durch die Arbeitgeber befassen würde. Der Arbeiter, der ohne Genehmigung der Behörde seinen Aufenthaltsort nicht verlassen darf, verläßt, wenn er sich benachteiligt fühlt (und wie oft kommt das im Mietverhältnis vor), unberechtigt die Arbeit und den Arbeitgeber und setzt sich der Bestrafung aus. Diesem Zustande könnte

nur eine Einrichtung steuern, der sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer unterstehen würde. Diese nur minimale Forderung aus dem Bereiche der Arbeiterschutzgesetzgebung müßte sobald als möglich verwirklicht werden, da man nicht weiß, wie lange der Krieg dauern und wie lange infolgedessen der Saisonarbeiter, dessen Schuld nur darin besteht, daß er in seinem eigenen Vaterlande keine Arbeit gefunden hat, in einem einseitigen Verhältnisse zu seinem Arbeitgeber verbleiben wird.

Aus Nr. 84 des Dziennik Poznański, Posen,
vom 11. April 1916.

Die Gründung eines Museumsvereins in Posen.

Am Sonnabend, den 8. d. Mts. fand im Sitzungssaale des Vereins der Freunde der Wissenschaften eine Versammlung statt zwecks Gründung einer Organisation, welche dazu beitragen soll, daß die kostbaren Sammlungen des hiesigen Mielzynski-Museums beim Volke bekannter und gleichzeitig, daß die beschränkten materiellen Mittel dieses Instituts vermehrt werden. Die Versammlung eröffnete der Herr Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski. — Sodann begründete Herr Dr. Kostrzewski die Notwendigkeit des neuen Vereins. Der seit mehr als 50 Jahren bestehende Verein der Freunde der Wissenschaften habe während dieser Zeit eine reiche Sammlung von Kunstgegenständen und Andenken zusammengebracht, welche eine interessante Illustration zu der Geschichte unserer Kunst und Kultur bildeten. Diese Kunstgegenstände seien jedoch nicht systematisch gesammelt und nicht zielbewußt vervollständigt; denn angesichts des Mangels an Mitteln sei der Verein fast lediglich auf die Opferwilligkeit der Volksgemeinschaft angewiesen. Kein Wunder somit, daß in den Museumsammlungen empfindliche Lücken bestünden, welche Ausfüllung heischen. Ebenso setze sich auch die Bibliothek, die heute gegen 140 000 Bände zähle, vorwiegend aus älteren Drucken zusammen, da neuere Werke, sogar Bücher mit Handbuchcharakter, in ihr schwach vertreten seien. Größere Einkäufe gestatte die schlechte Dotierung der Bibliothek (200 Mark jährlich mit Einschluß der Einbandkosten) nicht. Die Museums- und Bibliotheks-Sammlungen erfreuten sich auch bisher nicht eines solchen Interesses, wie sie es mit Rücksicht auf ihren Wert verdienten. Dazu trage zweifellos der erschwerte Zutritt zu dem Museum bei, das man lediglich gegen Eintrittsgeld besuchen könne. Um einerseits das Institut finanziell zu unterstützen und andererseits es dem breiteren Publikum zu ermöglichen, von den Sammlungen Gebrauch zu machen, wurde die Bildung eines besonderen Vereins in Anregung gebracht, dessen Mitglieder — gegen Bezahlung von 3 Mark Jahresbeitrag — das Recht haben würden, das Museum unentgeltlich zu besuchen, und welche auch die illustrierten Jahresberichte über die Entwicklung des Instituts erhalten würden. Außerdem würde man eine Kategorie von lebenslänglichen Mitgliedern schaffen, die einmalig 100 Mark bezahlen würden. Die auf diese Weise gesammelten Fonds würde der Verein zur Unterstützung des Mielzynski'schen Museums benutzen, nach Möglichkeit aber auch zur Unterstützung von Lokal-Museen, die sich etwa in den Kreisstädten bilden.

Das hier in den Hauptzügen wiedergegebene Projekt nahmen die Versammelten zustimmend entgegen. Nach Durchdiskutierung des Entwurfs der Satzungen, wobei nur geringfügige Änderungen vorgenommen wurden, wurde der aus 12 Mitgliedern bestehende Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde der Herr Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski; sein Vertreter Graf Adam Joltowski-Tarogniewice, Schatzmeister Herr Marian Niemierkiewicz, Schriftführer

Herr Dr. Kostrzewski, Vertreterin desselben Jrl. Marzella Gosieniicka. Außerdem traten in den Vorstand als Beisitzer ein: Frau Gräfin Maria Szembek geb. Fredro aus Siemianice, Frau Wanda v. Chlapowska-Robaczewo, Prälat Laubitz-Hohenjalza, Propst Miesiolowski-Pleschen, Herr Theodor Filipowicz-Posen, Frau Dr. Dobrzynska-Rybicka und Herr Redakteur Czeslaus Rendzierski.

Bei der freien Aussprache brachte Jrl. Slominska den Wunsch zum Ausdruck, die Museumsammlungen möchten einmal in der Woche in den Nachmittagsstunden geöffnet sein, um der Schuljugend den Besuch zu ermöglichen. Rechtsanwalt v. Chrzanowski brachte die Angelegenheit der Bibliothek zur Sprache, indem er zu erwägen empfahl, ob die Bibliothek an gewissen Tagen nicht auch in der Abendzeit geöffnet werden könnte.

Alle Anwesenden traten einhellig dem neuen Verein bei, und sowohl der Verlauf der Versammlung wie auch die allgemeine Anerkennung der dringenden Notwendigkeit eines solchen Vereins läßt günstige Aussichten bezüglich seiner Entwicklung zu.

Aus Nr. 7 des Kupiec (Posen)
vom 1. April 1916.

Unter der Überschrift

„Der kaufmännische Beruf“

schreibt der „Kupiec“ u. a. folgendes:

* (Es gibt wohl kaum eine zweite Volksgeamtheit in Europa, in der so viele gute Menschenkräfte in den Dienst der Fremden treten würden, wie die unsrige. Die Ursache dafür muß vor allen Dingen in der Unmöglichkeit einer breiteren Expansion für die energischen und rührigen Einzelpersonen gesucht werden.

Die Engländer, Deutschen und Franzosen, welche im eigenen Vaterlande nicht Brot und Verwendung finden können, besitzen Kolonien, wo ihre Kräfte ein Unterkommen finden. Bei uns ist das nicht der Fall. Halten wir einmal Umschau. Der Deutsche, Engländer und Franzose gründet Filialen außerhalb der Grenze, er besetzt alle Stellen mit seinen Landsleuten und führt das erworbene Geld nach seinem Lande, er wird reich und seine Macht wächst. Wieviel Unternehmungen gibt es im polnischen Lande, die durch Deutsche, Engländer, Franzosen und Belgier fundiert sind! Wir Polen dagegen träumen nicht einmal vom Auslande und sehen zu, wie in unserem eigenen Lande fremde Kapitalien arbeiten, wie die besten Stellen von Fremden besetzt sind, wie das von uns erworbene Geld in die Tasche der Fremden fließt und zur Festigung ihrer Macht auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes beiträgt. Weil wir auf einem verhältnismäßig nicht großen Raume uns befinden, so haben wir nicht genügend Feld, um unsere Flügel weiter zu entfalten. Wir wenden nicht alle Energie an, um mit dem fremden Kapital in Wettbewerb zu treten. Wenn uns die Pflicht obliegt).

Auf unserem Posten in der Heimat auszuharren, uns an die väterliche Scholle zu halten, müssen wir zu Verufen greifen, die eine Zukunft haben und fleißigen Individuen die Existenz sichern.

Für die Polen aber gibt es heute so wenig Verufe, zu denen sie Zugang finden!

Früher ging ein gewisser, ja sogar ein bedeutender Teil der Jugend auf das Land arbeiten. Heute schmilzt dieses Häuflein zusammen, und es wird immer mehr zusammenschmelzen, denn wenn wir auch kein Land verloren haben, so sind doch die größeren Besitzungen an Zahl geringer geworden.

Der Zugang zu den Ämtern ist sehr erschwert, und deshalb holt sich unsere Jugend von der Beamtenkarriere fern. Es ist möglich, daß wir in Zukunft

freien Weg zu den Ämtern finden werden, vor der Hand aber müssen wir mit der Wirklichkeit rechnen.

Was bleibt uns zu tun übrig? Im polnischen Lande bedarf es einer größeren Industrie, und diese hat bei uns eine große Zukunft. Nur der kann hier etwas erreichen, der viele Fähigkeiten besitzt.

In den unermesslich schwierigen Lebensverhältnissen verblieb uns noch der kaufmännische Beruf, in dem Hunderttausende ein gutes Unterkommen finden können.

Wir müssen den Handel erobern, einen kräftigen, gesunden und selbständigen Bürgerstand schaffen. In der Zeit vor Ostern, wo die Eltern an die Wahl des Berufes für ihre Söhne denken, erinnern wir daran, daß im kaufmännischen Berufe viele Jünglinge ein offenes und weites Feld für ihre Tätigkeit finden und daß ihnen die besten Aussichten für die Zukunft bevorstehen. Halten wir uns daher an den Handel und suchen wir ihn in den polnischen Landen zu beherrschen.

* Der eingeklammerte Teil des Aufsatzes ist von der Zensur gestrichen.

Aus Nr. 79 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. April 1916.

Ein Hilfsverband für die durch den Krieg zerstörten Ortschaften Österreich-Ungarns

hat sich in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth gebildet. Man sandte Gelegenheits-Telegramme an die Bürgermeister von Wien und Budapest, an den früheren ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Hedervary und an den Statthalter von Görz und Gradiska, Faidutti.

In allen diesen Rundgebungen ist nur die Rede von dem Spenden von Beistand für Görz, sowie für die ungarischen Karpathenortschaften. (Unwillkürlich muß sich die Frage aufdrängen, weshalb diese Beistandsaktion in geradezu auffallender Weise das Land der verbündeten Donau-Monarchie außer Acht läßt, welches am meisten durch den Krieg zerstört worden ist, Galizien nämlich.)

(Das Eingeklammerte ist von der Zensur gestrichen worden.)

Aus Nr. 79 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. April 1916.

Ist das gerecht?

Um Gold zu sammeln, greifen verschiedene Leute zu verschiedenen Mitteln. Die Molkerei in Rogasen z. B. berücksichtigt, wie die deutschen Blätter berichten, bei dem Butterverkauf vor allem die, welche für die Butter mit Gold zahlen. Wer ein Zehnmarkstück bringt, erhält 2 Pfd. Butter, für ein Zwanzigmarkstück 3 Pfd. Auf diese Weise hat die Molkerei in einigen Tagen 240 M. Gold gesammelt.

(Die Ansammlung von Gold auf diese Weise ist im Interesse des Staates sehr erwünscht, aber gerecht kann man ein solches Verfahren nicht nennen, denn es bildet ein Privilegieren der einen Volksklasse gegenüber der anderen. Heute, wo ein solcher großer Mangel an Butter, wie überhaupt an allen Fetten herrscht, sollte ein solches unterschiedliches Behandeln unseres Erachtens nicht stattfinden, und die Polizeibehörden sollten dem unbedingt vorbeugen, vor allem, wenn es sich, wie in diesem Falle, um die unentbehrlichsten Lebensmittel handelt.

(Das Eingeklammerte wurde von der Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 83 des Dziennik Kujawski (Hohenfalka)
vom 9. April 1916.

Mehr Opferwilligkeit!

Vom Komitee zur Hilfeleistung für das Königreich Polen ist uns ein umfangreicher Bericht über die Reise nach dem benachbarten Alexandrowo und Ciechocinek zugegangen, welcher bestätigt, daß auch dort das Elend um sich greift und insbesondere unter den Kindern eine Todesernte hält. Das Bild ist mithin überall das selbe: Hunger und Elend, zwei Erscheinungen, die, je länger der gegenwärtige Zustand dauert, umso mehr an Umfang zunehmen.

Leider kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß in letzter Zeit eine gewisse Stockung in der Opferwilligkeit unserer Volksgesamtheit eingetreten ist. Diesem oder jenem erscheint die von der Volksgesamtheit aufgebrachte Summe so bedeutend, daß er der Ansicht ist, daß sie für eine längere Zeit ausreichen könnte. Ein anderer wiederum ist der Meinung, daß er mit einem einmaligen Beitrag seine Pflicht erfüllt habe. Dem ist aber nicht so. Die ersteren mögen sich gesagt sein lassen, daß obwohl große Summen aufgebracht worden sind, die Bedürfnisse diese Summe bei weitem übersteigen; sie mögen berücksichtigen, daß von dieser großen Summe durchschnittlich auf den Kopf der bedürftigen Bevölkerung kaum 20 Pfennig täglich entfallen. Mögen sie ferner nicht vergessen, daß das Komitee bei der Verteilung der Gelder mit großer Umsicht verfährt und nur dort etwas gibt, wo wirklich Not herrscht.

Die anderen aber, die durch die Zahlung eines einmaligen Beitrages ihre bürgerliche Pflicht erfüllt zu haben glauben, mögen bedenken, daß das Elend durch den Krieg entstanden ist und daß es sich durch eine einmalige Hilfeleistung nicht beseitigen läßt. Dazu ist eine ständige Hilfe erforderlich. Diese kann aber nur auf einer ständigen und systematischen Opferwilligkeit beruhen. Was soll geschehen, wenn sich die aufgebrauchten Mittel erschöpfen und das Komitee vor leeren Kassen stehen wird lediglich aus dem Grunde, weil man sich auf einen einmaligen Betrag beschränkt hat? Frisch im Gedächtnis muß uns doch noch das nicht zustandegekommene Projekt der allgemeinen Besteuerung zu Gunsten unserer Brüder sein, die von dem durch den Krieg hervorgerufenen Elend betroffen worden sind. Das Projekt, das eine solche Organisation voraussetzte, scheiterte aus Gründen, die hier zu besprechen nicht am Platze ist. Aber obwohl es auch scheiterte und eine diesbezügliche Aufforderung nicht erschienen ist, sollte doch Verständnis dafür vorhanden sein, daß nur ein systematischer und in bestimmten Zeitabständen zu entrichtender Beitrag ein wirkliches Opfer ist. Dieser Beitrag braucht nicht groß zu sein — nach der Größe des Leides muß sich der Damm richten — oft entrichtet, bildet er doch das feste Fundament, auf welchem das Budget der Rettung unserer Brüder aufgestellt werden kann. Denken wir daran, daß wir nicht nur die gegenwärtige Generation, sondern auch das künftige Geschlecht vor dem Untergange bewahren, jene Kinder nämlich, die in den Wiegen in unschuldigem Vertrauen der Welt ihre Händchen entgegenstrecken, ohne zu wissen, daß ihnen die Mütter inmitten des Donners der Geschütze, inmitten eines Meeres von Blut, unter Tränen und Verzweiflung das Leben gaben.

Mögen sich unsere Gedanken diese Hölle des Elends vergegenwärtigen, jenes Elends, das sich in Worten nicht schildern läßt, sondern das noch eines Dichters harret, der es in meisterhaften Worten in Liedern besingen wird, die in ihrer Fürchterlichkeit tragischer sein werden, als die Bilder der Danteschen Hölle.

Möge mithin der Appell des Herrn Kasimir Brownsford, des Schriftführers des Komitees, nicht ohne Echo bleiben. Möge sich unsere Opferwilligkeit wieder beleben! Neben allen anderen Neigungen mögen vor allem für uns zwei maßgebend sein: 1. daß wir unsere Brüder zu retten und dadurch die Pflicht nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber dem künftigen Geschlecht zu erfüllen verpflichtet sind, und 2. daß wir der Vorkehrung dafür danken müssen, daß sie uns von den Verheerungen des Krieges, unter denen unsere Landsleute so furchtbar leiden, verschont hat.

Gelten kann hier nur — sagt Herr Brownsford — der Grundsatz: „Doppelt gibt, wer gleich gibt!“

Möge uns dieser Grundsatz eingedenk dessen, daß — wie Herr Brownsford bemerkt — bei einer monatlichen Ausgabe von ca. 350 000 Mark hier und dort die Mittel beinahe erschöpft sind, im Gedächtnis haften bleiben. Es ist Zeit, daran zu denken, der Kasse des Komitees wieder reichliche Mittel zuzuführen. Mögen findige Personen beizeiten darüber nachdenken. Die Summen, die wir nämlich seit einiger Zeit als Beiträge für die Obdachlosen in den Zeitungen finden, sind sehr klein. Sie müssen unbedingt größer werden!

Mit diesen Worten bestätigt Herr Brownsford auch unsere Wahrnehmungen. Mögen sie nur vorübergehende sein. Laßt uns wieder neue und reichliche Opfer bringen.

Dem Elend, das unbarmherzig Tod und Verderben sät, stellen wir unseren Willen zum Leben entgegen, indem wir uns zu einer siegreichen und opferwilligen Tat aufraffen!

Aus Nr. 159 der „Nowa Reforma“ (Krakau)
vom 29. März 1916.

Aus Polen.

(Korrespondenz der „Nowa Reforma“.)

Den 25. März.

Unsere ganze Aufmerksamkeit konzentriert sich auf den Krieg. Er ist fast das ausschließliche Thema der Erörterungen nicht nur in den Kaffeehäusern, sondern man spricht auch zu Hause sehr häufig davon. Da an den letzten Kämpfen im Westen auch unsere polnischen Regimenter stark beteiligt waren, so mangelte es auch nicht an Verlusten unsererseits.

Die zweite Frage, die uns aus rein natürlichen Gründen sehr interessiert, ist die Lebensmittelfrage. Anfänglich erregte sie eine gewisse Unruhe, doch wir haben uns überzeugt, daß die Sache durchaus nicht so beängstigend ist; jedenfalls besitzen wir in unserem Lande, welches eine blühende Landwirtschaft hat, größere Vorräte an Lebensmitteln als Westdeutschland, das vorwiegend Industrie hat. Dagegen ist es eine erfreuliche Tatsache, daß die Allgemeinheit bei uns durch den Krieg nicht verarmt, daß namentlich unsere Gutsbesitzer und Bauern über große Vorräte verfügen, während in den Städten den Zurückgebliebenen im Handel und Gewerbe Gelegenheit geboten ist, einen Verdienst zu erzielen. Es bewahrheitet sich, daß, sobald in einem landwirtschaftlichen Staate der Bauer Geld hat, es auch die anderen besitzen. Allerdings ist es besorgniserregend, daß der Acker, dieses Hauptfeld unsrer Tätigkeit, infolge Mangels an künstlichen Düngemitteln und lebendem Inventar in den folgenden Jahren weniger ertragsfähig sein wird und daß es viel Zeit und Geld erfordern wird, um dem Acker die frühere Fruchtbarkeit zu geben. Wie sich übrigens in wirtschaftlicher Hinsicht die Verhältnisse gestalten werden, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Es können die größten Veränderungen eintreten und dies gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft mit Rücksicht darauf, daß ihr Kredit ein sehr großer war und daß von ihm sehr ausgiebig Gebrauch gemacht wurde.

Fraglich ist es, ob sie in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen imstande sein wird, ihren sämtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Dagegen hat sich die Besorgnis als grundlos erwiesen, daß der Krieg den regen Verkehr beeinträchtigen könnte und auch die Künste und Wissenschaften sehr nachteilig beeinflusst werden würden. In dieser Hinsicht hat sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nichts verschlechtert. Wir haben dauernd 2 Gemälde-Ausstellungen, die untereinander zu ihrem eigenen und zum Wohle des Volkes konkurrieren.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 42 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 7. April 1916.

Nachahmenswert.

Für jeden einigermaßen vernünftigen Politiker ist es klar, daß in einer solchen Zeit, wie die gegenwärtige, die für das polnische Volk etwas außergewöhnliches ist, alle Faktoren, die dazu berufen sind, nationale Politik zu betreiben, außergewöhnlich bedachtam und politisch klug sein sollten. Dazu ist es nötig, daß diese Faktoren in sehr wichtigen Sachen auch die Ratschläge und Meinungen kluger und erfahrener, außerhalb ihres Kreises stehender Personen einholen sollten, sie sollten z. B. die Leiter wichtiger nationaler Institute, die Vertreter der öffentlichen Meinung usw. hören.

Deshalb haben wir auch vor einigen Monaten in unserer „Gazeta“ geschrieben, daß es nötig wäre, daß unsere Fraktionen in Berlin, die sich manchmal in einer sehr schwierigen Lage befinden, an solche Besprechungen mit anderen Personen, die der Fraktion nicht angehören, denken möchten. Bis jetzt haben jedoch unsere Ratschläge keinen Erfolg gezeitigt. Manche national-demokratischen Abgeordneten möchten sogar den ehemaligen Abgeordneten den Weg zu den Sitzungen der Abgeordneten-Fraktionen verschließen.

Und doch waren unsere Ratschläge nicht schlecht gemeint; ein Beweis dafür ist der Umstand, daß der Wiener Polenklub nach den von uns geäußerten Grundsätzen verfährt, wiewohl er augenscheinlich von unseren Ratschlägen keine Kenntnis hatte. Dieser Umstand spricht aber um so mehr von der Berechtigung unserer Ansichten. Der Polenklub in Wien beruft zum 29. ds. Mts. nach Krakau eine Versammlung ein, die sehr wichtig ist, und an der nicht nur die aktiven Abgeordneten teilnehmen werden, sondern auch die ehemaligen Abgeordneten, ja sogar solche Personen, die niemals Abgeordnete waren.

Man könnte hier fragen: Ist denn vielleicht der Wiener Polenklub weniger klug und weniger erfahren als unsere polnischen Fraktionen in Berlin? Ein jeder unserer Abgeordneten wird zugeben, daß der Wiener Polenklub mehr politische Durchbildung und Erfahrung besitzt, weil sich in diesem Klub eine bedeutende Zahl von Parlamentariern, Berufsabgeordneten, und dann sehr viel solcher Personen befinden, die i. Zt. hohe, ja die höchsten Staatsämter bekleidet haben.

Wenn also der Wiener Polenklub bemüht ist, mit solchen Personen zu beraten, die außerhalb des Klubs stehen, wenn das weder seine Würde noch seine Klugheit verletzt, warum sollten das nicht auch die polnischen Fraktionen in Berlin tun können? Weber wir noch das polnische Volk verstehen das. Wir sind der Meinung, daß das Beispiel des Wiener Polenklubs wert ist, nachgeahmt zu werden.

Aus Nr. 41 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 5. April 1916.

Aus der Politik unserer Landsleute in Galizien.

Man muß wissen, daß die galizische Volksversammlung in verschiedene zahlreiche Parteien geteilt ist. Bei uns im preußischen Gebietsteile floriert das öffentliche Leben deshalb nicht, weil nur eine Partei organisiert ist und zwar die nationaldemokratische. Und wenn diese Partei auch nicht zahlreich ist, so regiert sie doch die Volksversammlung, wofür diese für alle politischen Fehler dieser Partei die Verantwortung trägt. Das öffentliche Leben in Galizien hinkt deshalb, weil es daselbst zuviel organisierte Parteien gibt. Man findet da eine Art von Konservativen (natürlich polnische), die sich die Stanczyk-Partei nennen, und ferner gibt es daselbst eine andere Art von Konservativen, die sogenannten Podolier, auch podolische Autonomisten genannt, ferner ein gewisses Zentrum, ferner Nationaldemokraten, es gibt auch Fortschrittler, ferner Volksparteiler der einen und der anderen Art. Und weil es schließlich unter dem polnischen Volke in Galizien viel mehr Unaufgeklärtheit gibt, wie unter unserem Volke im preußischen Gebietsteile — so gibt es in Galizien auch noch polnische Sozialdemokraten. Bei uns ist das polnische Volk soweit gereift und so klug, daß es ganz gut weiß, daß es den Sozialdemokraten weniger um das Wohl des Volkes zu tun ist, als um ihren eigenen Vorteil. Deshalb haben bei uns die sozialdemokratischen Schreier kein Glück, und die polnische Volksversammlung ist stolz, daß es bei uns keine Sozialdemokraten gibt. Leider ist das polnische Volk in Galizien noch sehr dumm, und deshalb glauben viele an das sozialistische Paradies auf Erden, und so gibt es in Galizien — auch noch polnische Sozialdemokraten, unter denen sich sehr viele Juden, nämlich polnische, befinden.

Vor dem Kriege herrschte unter allen diesen Parteien in Galizien große Zerrwürfnis, sie hatten sich stets am Schopfe, es gab daselbst so erbitterte Kämpfe, daß das öffentliche Leben eine wahre Hölle war. Wie konnte man denn da wohl daran denken, alle diese Parteien in eine Fraktion zusammenzubringen! Und doch war es nötig, einen Versuch nach dieser Richtung hin zu machen, weil der Einfluß und die Bedeutung der Polen in Österreich während des Krieges sehr geschwunden waren. Früher mußte die österreichische Regierung stets mit den Polen rechnen, während der Zeit des Krieges hat sich das sehr geändert. Das ist insbesondere auch aus Anlaß der unvernünftigen und fehlerhaften Politik der nationaldemokratischen Partei geschehen. Die nationaldemokratische Partei, die in Galizien vor Jahren sehr stark war, verlor schon bei den letzten Wahlen bedeutend an Einfluß; sie hatte indes noch so viel Kraft, um durch ihre Unvernunft der polnischen Sache in Österreich Schaden zu können. Es kam sogar dazu, daß der Statthalter in Galizien, Herr Korytowski zurücktreten mußte. An seine Stelle trat ein Deutscher. Daß die Nationaldemokraten zu Beginn des Krieges sehr große politische Fehler begangen haben, das mußte selbst ihr Führer, der ehemalige Minister Glombinski, zugestehen. Er mußte sich von einem gewissen Teil der Mitglieder seiner eigenen Partei geradezu öffentlich lossagen und ihre Politik als fehlerhaft und schädlich brandmarken.

Es gab auch noch einen anderen Grund, warum die Bedeutung des Wiener Polenklubs während der Zeit des Krieges zusammenschmolz. Es bestand nämlich zu Beginn des Krieges das sogenannte „Oberste Nationalkomitee“. Dieses Oberste Nationalkomitee wollte gewissermaßen die nationale Regierung sein. Es schuf auch die polnischen Legionen. Im Obersten Nationalkomitee waren verschiedene Parteien vertreten, unter anderen gab es in ihm auch

polnische Nationaldemokraten, die sich sehr breit machten.

Im gegenwärtigen Kriege trugen und tragen sich ungewöhnliche Sachen zu, Sachen, die in Friedenszeiten für niemandem verständlich wären. Einstige Feinde werden zu Freunden und einstige Freunde zu Feinden. Wasser mengt sich gewissermaßen mit dem Feuer.

In der Zeit des Krieges kommt es sehr häufig vor, daß wichtige Politiker das, was sie vor dem Kriege als einen großen Fehler ansahen, heute für sehr richtig halten und umgekehrt. Was man früher für ein Unglück hielt, hält man heute bis zu einem gewissen Grade für ein Glück.

Hinsichtlich der Taktik in der Politik zum Zwecke der Erreichung gewisser Ziele haben sich die Ansichten ungeheuer geändert. Auch in unserer Volksgesamtheit vermengt man gegenwärtig schon weniger die Taktik mit den Grundsätzen und umgekehrt. Und man kann es ein Glück nennen, wenn einflußreiche Politiker so viel Verstand besitzen, daß sie die fehlerhaften Wege erkennen; es ist ein Glück, wenn sie soviel zivilen Mut besitzen, daß sie, nachdem sie den Fehler erkannt, dreist umkehren. Leider gibt es in unserer Volksgesamtheit im preußischen Gebietsteile solcher Politiker sehr wenig, vorwiegend finden wir in den Köpfen immer noch Kraut mit Rüben vermengt. Vor allen Dingen fürchtet man sich, die Fehler einzusehen und umzukehren.

Es sei dem wie es wolle, im gegenwärtigen Kriege geschehen, wie gesagt, auch ganz außergewöhnliche Sachen, von denen vor dem Kriege niemand geträumt hätte. Und der Krieg hat alle Verhältnisse so gründlich verändert, daß sich nur wenige darüber wundern. Im Gegenteil, man hält das für ganz natürlich.

In der letzten Woche bereitete sich z. B. in der polnischen Volksgesamtheit des österreichischen Gebietsteils, also in Galizien, eine so außergewöhnliche Sache vor, die man vor dem Kriege geradezu für unmöglich gehalten hätte. Und diese Sache ist nicht nur in der Vorbereitung verblieben, sondern sie wurde zur Wirklichkeit. Wir haben hier den Zusammen-schluß aller galizischen Parteien im Wiener Polenklub und die Vereinigung dieses Klubs mit dem sogenannten Obersten National-Komitee durch die Wahl eines gemeinsamen Vorsitzenden im Sinne.

Es ist das fürwahr eine so außergewöhnliche Sache, daß man sie fast ein Wunder nennen kann, denn die Schwierigkeiten und Hindernisse waren so riesengroß, daß man annehmen mußte, sie würden nie und nimmermehr überwunden werden können.

Es bestanden zwei nationale Vertreterschaften nebeneinander: das „Oberste National-Komitee“ und der „Polenklub in Wien“, die sich oftmals geradezu in den Weg kamen. Auf diese Weise wurde die Bedeutung des Polenklubs, d. h. die der polnischen Abgeordneten, bei der österreichischen Regierung immer geringer. Und so stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß das Oberste National-Komitee und der Polenklub in Zusammenhang traten; denn dadurch mußten beide Vertreterschaften der österreichischen Regierung gegenüber an Kraft und Bedeutung gewinnen. Schon seit Monaten arbeitete man an dieser Vereinigung. Die Schwierigkeiten waren, wie bereits erwähnt, ungeheuer. So war es z. B. notwendig, daß dem Polenklub alle die Parteien angehörten, die im Obersten National-Komitee vertreten sind und umgekehrt, daß dem Obersten National-Komitee alle die Parteien angehörten, welche auch dem Polenklub angehören. Die größte Schwierigkeit bereitete die Aufnahme der polnischen Sozialdemokraten in den

Polenklub. Wenn auch die polnischen Sozialdemokraten anders sind als die deutschen, so ist doch der größte Teil derselben dem heiligen Glauben feindlich gesinnt, denn es gibt unter ihnen sehr viel Juden, denen leider ein Teil unseres polnischen Volkes in Galizien seine Verteidigung anvertraut.

Wie können somit katholisch-polnische Abgeordnete zugleich mit Sozialdemokraten und Juden in der Fraktion sitzen? Schon bei dem bloßen Gedanken daran entrüstete sich in den polnischen Abgeordneten das polnische und katholische Herz, und man wollte sich damit nicht einverstanden erklären. Die Beratungen dauerten deshalb monatelang, und es konnte zu keiner Einigung kommen.

Den polnischen Sozialdemokraten ging es aber sehr darum, diese Einigkeit zu erzielen. Sie versprachen deshalb, in der Zeit des Krieges gegen die katholische Kirche und gegen den katholischen Glauben nicht aufzutreten mit allen Kräften zu Ruß und Frommen der polnischen Volksgesamtheit und des polnischen Landes zu arbeiten, alles das zu machen, was die anderen polnischen Abgeordneten machen würden.

Ungeachtet dessen erklärte sich der Wiener Polenklub bereit, die sozialdemokratischen Abgeordneten aufzunehmen. Es kann auch sein, daß die polnisch-katholischen Abgeordneten glaubten, daß die Sozialdemokraten, wenn sie in den Klub unter die polnisch-katholischen Abgeordneten kommen, ihre Fehler erkennen, die Juden hinauswerfen und in der Tat nützliche Mitglieder des Polenklubs werden würden. Die heilige Schrift sagt: Es ist mehr Freude im Himmelreich über einen Sünder, der Buße tut, als über zehn Gerechte. — Wenn die Sozialdemokraten sich nicht bekehren werden, dann wird man sie nach dem Kriege hinauswerfen; denn im Kriege werden ja viele Sachen gemacht, die in Friedenszeiten nicht vorkommen.

Es sei dem wie es wolle: die Aufnahme der galizischen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Wiener Polenklub ist zur Tatsache geworden. Der jedesmalige Vorsitzende des Polenklubs — gegenwärtig ist es der ehemalige Minister Erzellenz Bilinski — wird von jetzt ab auch Vorsitzender des Obersten National-Komitees sein. Das Oberste National-Komitee wird sich vorwiegend mit der Sache der Legionen und mit allem, was dazu gehört, befassen. Es wird sich auch selbständig mit der österreichischen Regierung verständigigen.

Der Polenklub dagegen wird sich mit allen anderen Angelegenheiten, welche das Verhältnis der Polen zur Regierung und zum Staate betreffen, beschäftigen.

Die Reform sowohl des Obersten National-Komitees wie auch die des Polenklubs wird wahrscheinlich die Einflüsse und die Bedeutung der Polen im österreichisch-ungarischen Staate wieder heben, was sich die ganze polnische Nation sehr wünschen muß. —

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 82 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 7. April 1916.

Zwei Lager unter den Polen,

die sich unter deutscher Herrschaft befinden, hat die „Kölnische Volkszeitung“ entdeckt. Das eine bilden die Anhänger der nationalen und demokratischen Blätter mit dem „Dziennik Poznański“ und dem „Kurjer Poznański“ an der Spitze, das andere die Herren Napieralski („Katolik“), „Gornoslazat“, („Godzina Polska“), Dombek („Kraj“), Milski („Goniec Wielkopolski“), Ku-

lerski („Gazeta Grudziadzka“) und ihre nächsten oder entfernten, offenen oder geheimen Freunde. Das erste Lager verurteilt bekanntlich das Zentrumsblatt, dem zweiten zollt es Worte der Anerkennung.

Wir wollen darüber, ob dieses Urteil gerechtfertigt ist oder nicht, nicht nachdenken, sondern uns nur darauf beschränken, einige grundsätzliche Bemerkungen der einen und der anderen Partei anzuführen, die gewissermaßen das Glaubensbekenntnis der beiden Lager sind.

Der „Dziennik Poznański“ schreibt: „Unsere politische Zukunft ruht in der Hand der Vorsehung. Der schärfste Verstand ist heute nicht imstande vorauszu- sehen, welche Gestalten für unser nationales Leben sich aus dieser riesigen geschichtlichen Katastrophe entwickeln werden. Unter solchen Umständen irgend welche politische Kombinationen zu spinnen und eine politische Aktion unternehmen, hieß Lustschlösser bauen, die beim ersten Wehen des Frühlingswindes zusammenstürzen können.“

Die „Gozdina Polski“, ein in Lodz von den Herren Napieralski und Caesar Zawilowski heraus- gegebenes Blatt, bemerkt in seiner Nummer 69 zu den obigen Ausführungen des „Dziennik Poznański“ folgen- des: „Wenn ein politisches Blatt, das eine bestimmte Richtung repräsentiert, in einer so realen Frage, wie die Politik, von einer Vorsehung spricht, so beweist es damit, daß es schon ein Alter erreicht hat, in dem es die höchste Zeit ist, seinen sterbenden Geist in die Hände der Vorsehung zu legen. Über unser Schicksal wird nicht die Vorsehung, sondern die siegreiche Partei entscheiden, die diese Frage im Sinne ihrer sehr realen und sehr verständigen Interessen regeln wird. Gerade die Errichtung unserer Zukunft ausschließ- lich (!) auf den Ratsschlüssen der Vorsehung ist ein Bau von Lust- schlössern, der sich auf keine konkreten Voraussetzungen stützt.“

Diese beiden Stimmen geben dem Leser die Möglichkeit, sich ein Urteil über die Grundsätze, auf welche sich die Tätigkeit der beiden Lager in der pol- nischen Volksesamtheit unter deutscher Herrschaft stützt, zu bilden.

Aus Nr. 85 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 11. April 1916.

In einem Artikel, in welchem die politische und die Kriegslage besprochen wird, heißt es zum Schluß:

Für die Polen ist gegenwärtig von größter Be- deutung die Nachricht, daß General Colard, der seit Jahrzehnten erste deutsche Mann auf dem Statthalter- posten in Galizien, verschieden ist. Es handelt sich jetzt darum, ob zu seinem Nachfolger wieder eine Militärperson deutscher Nationalität ernannt werden wird.

In Wien ist, wie Blätter berichten, aus Warschau mit Zustimmung der deutschen Behörden der ehemalige Abgeordnete der Duma Lempicki eingetroffen, um mit dem früheren Statthalter Galiziens Bobrinski, dem ehemaligen Minister Bilinski und dem Professor Za- worski für die Polen im österreichischen und russischen Teilgebiet ein gemeinsames politisches Programm auf- zustellen.

Aus Nr. 81 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 6. April 1916.

Die Unabhängigkeit des Papstes und die Polen.

Die Stellung des heiligen Vaters, den wir mit Recht Friedensfürst nennen, möchten gewisse Leute mißbrauchen, um für selbstsüchtige Zwecke in der pol- nischen Volksesamtheit Unfrieden und Mißtrauen zu den Vertretern, die sie sich selbst gewählt und denen sie den Schutz ihrer Rechte anvertraut hat, zu säen.

In gewissen Blättern finden wir wiederum Angriffe gegen die polnischen Abgeordneten und gegen auf- richtige polnische Blätter, daß sie anscheinend die Unabhängigkeit des Papstes nicht verteidigen und sich nicht um die Wiederherstellung des Kirchenstaates in Rom bemühen.

Schon einmal haben wir darauf hingewiesen, daß neben dem päpstlichen Kirchenstaat in Rom verschiedene selbständige Erzbistümer, Bistümer und Abteien in den einzelnen Ländern bestanden haben. Zahlreiche Bistümer, Kirchen und Klöster besaßen einst Grundstücke und mehr oder weniger größere Besitzungen, die ihnen von frommen Gutsherren geschenkt worden waren. Ebenso wie die italienische Regierung den päpstlichen Staat dem vereinigten italienischen Königreich einver- leibt hat, haben auch andere Regierungen in dem Be- reich ihrer Machtphäre aus politischen oder wirt- schaftlichen Gründen die Kirchengüter an sich ge- nommen. Wer also von den Italienern verlangt, daß sie dem Papst ganze italienische Provinzen zurückgeben sollen — und diese Forderung stützt sich auf unver- jährtes Kirchenrecht —, der muß auf Grund des selben Rechts auch von der eigenen Regierung verlangen, daß sie den Erzbischöfen, Bischöfen und Äbten ihre weltlichen Güter wieder zurückgibt.

Solange die Kirchenfürsten, um den Frieden im Volke nicht zu stören, nicht selbst öffentlich hervor- treten, solange können auch weltliche Personen mit ruhigem Gewissen darüber schweigen. Da der Papst Benedikt XV. wiederholt erklärt hat, daß er es nicht wünsche, daß die Papstfrage in den gegenwärtigen internationalen Konflikt mit hineingezogen werde, und da er ferner hinzufügte, daß er die Besserung seiner Lage von keiner der kriegsführenden Parteien erwarte, sondern dies lediglich dem Gerechtigkeitsgefühl des italienischen Volkes überlasse, deshalb ziemt es sich auch nicht, in der gegenwärtigen Zeit überhaupt die Frage des Kirchenstaates zu berühren, weil dadurch die Lage des apostolischen Stuhles erschwert und er unberechtigtweise der Verdächtigung ausgesetzt wird, zum Zwecke der Wiedererlangung der weltlichen Macht für den Papst eine Teilung Italiens anzustreben.

Ist die weltliche Macht dem Papst durchaus not- wendig? Darauf kann lediglich der Papst antworten. Wir stellen hiermit nur fest, daß das Papsttum viele Jahrhunderte auch ohne den Kirchenstaat und die weltliche Macht bestanden hat und daß sein Ober- haupt zu jener Zeit von mehr Völkern anerkannt wurde, als nach der Errichtung des Kirchenstaates. Daß nach dem Jahre 1870 sich das Ansehen des apostolischen Stuhls trotz des Verlustes des eigenen Staatswesens gehoben hat, ist allgemein aner- kannt. Niemand wird auch bestreiten, daß der Papst von verschiedenen Seiten am meisten in der Zeit angegriffen wurde, in welcher er weltlicher Machthaber war. Wieviele Male ist nicht der katholischen Kirche ein Papst vom demjenigen weltlichen Machthaber auf- gedrängt worden, der die Hauptstadt des Kirchen- staates eroberte? Oft hat sich in der katholischen Kirche eine Spaltung deshalb gebildet, weil ein Teil der christlichen Staaten den aufgedrängten Papst nicht anerkennen wollten und ihrem Kardinal befohlen, einen anderen Papst zu wählen. Infolgedessen hatten wir manchmal 2 und sogar 3 Päpste zugleich.

Deshalb geht es auch dem apostolischen Stuhl weniger um die Wiederrichtung des Kirchenstaates, als darum, völlig unabhängig zu sein bei der Wahl des Papstes, bei der Ernennung der Kardinäle, Bischöfe, Domherrn und Pfarrer, ferner bei der Gründung von Klöstern und katholischen Schulen, bei der Verkündung und Durchführung päpstlicher Anordnungen, in Sachen des Religionsunterrichts, der Erziehung der Geistlich- keit usw.

Was nützte dem Papst die weltliche Macht gegen die Monarchen, die willkürlich ihre Günstlinge, Jagd- und Jugendfreunde, die nicht einmal im Besitz der geistlichen Weihen waren, zu Bischöfen ernannten? Was nützte dem Papst der Staat, wenn er nicht einmal die Prediger und Professoren, die unter dem Schutze der weltlichen Macht in den Kirchen und katholischen Schulen falsche Lehren verkündeten, beiseitigen konnte? Oft hat allerdings auch die weltliche Behörde die Ketzer verfolgt. Aber das nützte der Kirche nicht viel. Die weltlichen Machthaber, die daran gewöhnt waren, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen, und die auch ihre Untergebenen danach erzogen, konnten in Gegenteil ihre Völker von Rom losreißen, ihnen nach eigenem Gutdünken eine Lehre aufdrängen und sich selbst zum Haupt der neuen Kirche — der Staatskirche machen.

Dagegen ist die völlige Unabhängigkeit des Papstes und der Bischöfe in kirchlichen Fragen eine Quelle herrlicher Entwicklung des Kirchenlebens, eine Entwicklung, wie wir sie heute in Nordamerika bewundern. Deshalb treten auch die Polen als ein durch und durch katholisches Volk, wenn es sich um Rechte der katholischen Kirche handelt, immer für den Schutz dieser Rechte ein; aber gerade deshalb werden sie nicht nach dem Willen derjenigen weltlichen Politiker handeln, die, entgegen dem Wunsche des Stellvertreters Christi, in einem ungeeigneten Augenblick die Frage des Kirchenstaats anschnitten wollen.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 165 des Goniec (Warschau)
vom 31. März 1916.

Die Erklärung der Hundert.

II.

Sogar für Nichteingeweihte ist es klar, daß von den Hundert unter der bekannten Erklärung Unterzeichneten mindestens 60 Prozent Anhänger eines ausgesprochenen Anschlusses Polens an die Mittelmächte im Sinne der auf der Zusammenkunft vom 18. Dezember 1915 gefaßten Beschlüsse sind. Ich übergehe hier schon, daß manche Namen, wie z. B. die der Herren Danilowski, Sieroszewski sogar keiner Legitimation bedürfen, denn diese Leute haben, indem sie in die Reihen der Legionen eingetreten sind, ganz ausdrücklich erklärt, wem sie sich anschließen.

Wenn man sich außerdem die Unterschriften der politischen Gruppen unter dieser Erklärung ansieht, können sogar völlige Laien in politischen Dingen leicht erraten, mit welcher Gruppe von Mächten sie gehen wollen. Es ist für Niemanden ein Geheimnis, was sie während des gegenwärtigen Krieges taten, als in Warschau und im Königreich Polen noch die Russen herrschten, was solche Parteien und Gruppen taten, wie die polnisch-sozialistische Partei, die völkische Partei, die Konföderation, der Verband der Patrioten und in gewissem Sinne ein bedeutender Teil der Personen, welche sich heute in der Liga des polnischen Staatswesens vereinigt haben.

Herr Napieralski und die Redaktion der Godzina Polska überhaupt befanden sich niemals in einer solchen Zwangslage, wie gerade diejenigen Leute, welche den genannten Parteien angehören. Unter sehr schwierigen Verhältnissen widerlegten sie sich, soweit es möglich war, offen den moskowitzischen Gelüsten und organisierten sich insgeheim gegen Rußland, indem sie in Wort und Schrift arbeiteten, an Handlungen sich beteiligten, welche den Zweck hatten, das russische Heer im Rücken zu beunruhigen, indem sie militärische Übungen unter

der Jugend veranstalteten, wofür ihnen strenge Strafen drohten, ja sogar der Galgen. Daher darf auch niemand solche Leute leichten Herzens behandeln, besonders dürfen dies diejenigen nicht tun, welche ihr Leben und ihre Freiheit überhaupt keiner Gefahr ausgesetzt haben. Hunderte von Leuten, welche diesen Gruppen angehörten, wurden verhaftet und ins Innere Rußlands geschafft. Das ist ebenfalls nicht die erste beste politische Empfehlung und spricht deutlich genug, in welcher Richtung diese Gruppen ihre Beitrittserklärung abgegeben haben.

Es kann sein, daß nicht alle diese Gruppen gleich zahlreich und gleich einflußreich sind, aber sie mußten sich insgeheim organisieren und betätigen, und das sind Bedingungen, welche ein zahlenmäßiges Wachstum unmöglich machen. Es ist richtig, daß manche Gruppen, wie die Konföderation, unpolitische und schädliche Ausrufe erlassen, daß sie in ihrer Betätigung Methoden anwenden, die sie aus Zeiten übernommen haben, als hier die Russen herrschten, daß sie zu jugendlich und heißblütig sind. Gewiß können sie durch ihr Auftreten der polnischen Sache sogar Schaden zufügen, aber dies alles zeugt nicht von ihrer „Entgleisung im Programm“, wie die Godzina Polska sagt, sondern vielmehr von ihrer Ungeduld, von ihrer Verzweiflung, daß die polnische Sache den toten Punkt nicht verläßt, und von hier ist nur noch ein Schritt — zu Reflexbewegungen, anstatt zu einer zielbewußten und nützlichen Arbeit für die von uns allen ersehnte Verwirklichung des Ideals und der Bestrebungen der polnischen Nation. Aber in diesen ihren Handlungen, die von uns keineswegs geduldet sind, im Gegenteil für schädlich und bisweilen für mehr als einseitig gehalten werden, sehen wir nicht nur ihre Schuld. Nicht nur ihr jugendliches Alter und ihre Heißblütigkeit sind die Ursache ihrer Exzesse und ihrer Fehltritte. Schuld hat hieran im hohen Maße das ältere Geschlecht, welches in der Richtung des Beitritts der polnischen Nation zu den Mittelmächten arbeitet, weil es diese Angelegenheit nicht mehr auf positive und reale Bahnen zu lenken versteht. Ein Verschulden haben auch noch dritte Faktoren, was jedoch die Godzina Polska nicht zu wissen oder absichtlich zu verschweigen scheint, da sie nur diejenigen angeht, welche, gewillt, die Angelegenheit vom toten Punkt zu rühren, die Ungeheuerlichkeit besaßen, daß sie sie ungeschickt berührten und ihr mehr schaden als halfen.

Von den in der Erklärung genannten Gruppen kann man nur hinsichtlich zweier, und zwar hinsichtlich „der Gruppe der nationalen Arbeit“ und „hinsichtlich der polnischen fortschrittlichen Vereinigung“ mit Rücksicht auf ihren früheren Standpunkt Zweifel haben, welche Stellung sie gegenwärtig einnehmen. Soweit aber unsere Informationen reichen, hielten auch diese Gruppen, als sie diese Erklärung unterschrieben, dafür, daß sie sich für den Anschluß an die Mittelmächte erklären. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß gerade dieser beiden Gruppen wegen der Text der Erklärung herabgesetzt und ihre Klarheit vertuscht wurde. — Aber auch in dem gegebenen Falle muß man zur Rechtfertigung dieser Tatsache die Besorgnis einer gewissen Zahl der Unterzeichnenden vor einer zu deutlichen Erklärung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung anführen, welche, da sie sich mit der Politik nicht befaßt und nur auf die Verhältnisse unseres allgemeinen Lebens sieht, an die Unterzeichneten Anspruch machen konnte, daß sie sich zu kühn, ohne jegliche sichtbaren Ergebnisse engagieren.

Dies zeugt zweifellos von der politischen Ungeheuerlichkeit dieser Leute und von ihrem Unworbereitsein auf eine dreiste Übernahme der Verantwortung für den Wunsch, die polnische Nation auf der Linie zu führen, wie sie die polnische Staatsraison weist, keineswegs aber von einer politischen Schaumblase, von einem Lavieren zwischen diesen und jenen Bestrebungen. —

Es ist wahr, daß angesichts dritter Faktoren die äußeren Besorgnisse dieser Erklärung auch auf ein falsches Verstehen ihres inneren Inhalts einwirken müssen, sie sind also zweifellos schädlich, aber es ist Sache der Politiker und der Leute, welche auf eine Verständigung Polens mit den Mittelmächten wirklich bedacht sind und in einer beiderseitigen Annäherung unseres zukünftigen Staats mit den Mächten Mitteleuropas die einzige Möglichkeit einer Entstehung unseres staatlichen Daseins und seiner Entwicklung sehen, — den wirklichen Inhalt derartigen Erklärungen aufrichtig, offen und deutlich hervorzuholen, die in ihnen enthaltenen Fehler durch die Verhältnisse unseres Lebens und die Gründe der Unklarheit und Rebelhaftigkeit dieser Äußerungen zu erklären.

Ja, „ans Tageslicht“ — werden wir mit der „Godyna Polski“ sagen. Aber zur gewissenhaften Beleuchtung der Kundgebungen unserer Bestrebungen, Handlungen und Äußerungen muß alles „ans Tageslicht“ gezogen werden. Mit offenem Visier muß man der Nation oder ihren einzelnen Schichten und sogar Individuen auch bittere Wahrheiten sagen. Indes muß man bedenken, daß eine einseitige Beleuchtung der Erscheinungen und Handlungen unserer Nation oder ihrer politischen Gruppen ebenfalls schädlich ist, denn sie klärt nicht gehörig auf, wem dies zukommt, im Gegenteil, sie klärt ihn falsch auf, was für unsere Nation verderbliche Folgen nach sich ziehen kann: überdies ist sie in der Arbeit in der für die polnische Sache erwünschten Richtung Leuten hinderlich, die vielleicht nicht immer fähig sind, sich politisch auszudrücken, aber im guten Glauben das Verlangen haben, diese Angelegenheit vorwärtszubringen, unter einer Losung, die sich in der Erklärung der Hundert zweifellos herausfühlen läßt, — unter der Losung des Anschlusses der Polen, ihres zukünftigen staatlichen Organismus an die Mächte Mitteleuropas.

Von der zweifellos zweideutigen Rolle der Freimaurer, die übrigens in der „Godyna Polski“ zu übertrieben, einseitig und bisweilen falsch dargestellt wird, werden wir ein anderes Mal reden. Dies ist ein wunder Punkt, und zwar ein gefährlicher wunder Punkt, jedoch hat er nicht immer und nicht bei allen das Merkmal der Russenfreundlichkeit oder der Ententesfreundlichkeit. Auch an ihnen rächt sich die Routine und die ungenügende Erfassung der abgegebenen politischen Erscheinungen. Sich in Gedanken um den Besitz einer ihren Tendenzen entsprechenden sozialen Verfassung in der Zukunft bemühen, möchten sie auch unsere politische Verfassung in einem bestimmt umschriebenen Rahmen sehen, und die Mehrheit von ihnen trägt vielleicht unbewußt dazu bei, den Bemühungen, welche die Schaffung dieser Verfassung selbst zum Zweck haben, die Wurzeln zu unterbinden. Vielleicht sind dort und wirken mit vollem Bewußtsein Führer mit ententesfreundlichen Tendenzen, aber sicherlich ist dieses Streben nicht das Streben der Gesamtheit unseres Freimaurertums.

Sigismund Makowiecki.

Aus Nr. 94 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 5. April 1916.

Eine neue Erklärung.

Unter dieser Überschrift kommentiert das Warschauer Blatt den von 28 Warschauer Politikern unterzeichneten gegen die diplomatische Tätigkeit Dmowski's gerichteten Protest wie folgt:

Aus der Erklärung erfahren wir vor allen Dingen, daß die unter ihr unterzeichneten Personen in der Zahl 28 den Anspruch machen, daß sie „zahlreiche soziale Vereinigungen und Organe der öffentlichen Meinung“ vertreten, wovon wir bisher keine Kenntnis hatten. Aber das ist eine poetische oder politische Lizenz, die in

dieser Art öffentlichen Auftretens ziemlich gang und gäbe ist.

Ernstere Zweifel erwachten in uns hinsichtlich der logischen und politischen Begründung der Argumente der 28 Politiker.

Daß Herr Dmowski kein formelles Mandat für eine besondere „diplomatische Aktion in polnischen Angelegenheiten“, die gegenwärtig von ihm in den Koalitionsstaaten unternommen wurde, besitzt, darüber brauchte sich niemand erst zu informieren, denn dies ist allen klar und bekannt. Gibt es doch gar keine allgemeine nationale Organisation, die solche Vollmachten, „den polnischen politischen Gedanken“ auszudrücken, erteilen könnte.

Sodann kann ein Protest gegen die Arbeit des Herrn Dmowski in politischer Beziehung wenigstens so lange nicht begründet werden, solange wir nicht wissen, was und wie der ehemalige Warschauer Abgeordnete im Ausland unternommen wird. Indes ist es in Wirklichkeit so, daß wir hier entweder auf stückweise, aus zweiten oder dritten Händen erhaltene und dazu sehr verspätete Nachrichten oder auch direkt auf Vermutungen angewiesen sind. Kein ausführlicher Bericht ist nach Warschau gelangt. Es kann übrigens sein, daß die unter der Erklärung angeführten Personen in dieser Beziehung irgendwelche Informationen besitzen, welche zu einer patriotischen Unruhe berechtigten, aber in einem solchen Falle ist es schade, daß sie sie nicht „urbi et orbi“ veröffentlicht haben, denn dies wäre die beste Erläuterung der „Erklärung“.

Bisher stellen sich die Dinge so dar, daß nach den aus der Schweiz eingetroffenen Nachrichten Herr Dmowski zu dem Schluß gekommen ist, daß nicht eine Autonomie unter dem Zepher des russischen Kaisers, sondern die Unabhängigkeit Polens das Ziel der polnischen Bestrebungen und Bemühungen bilden sollte. Um die Erreichung dieses Zieles der Nation zu erleichtern, beabsichtigt Herr Dmowski, Bundesgenossen im Westen zu suchen.

Diese Aktion, Bundesgenossen zu suchen, kann ihm gelingen oder nicht gelingen, bis zu einem gewissen Grade hängt dies und jenes von dem Talent oder von dem Ansehen der Personen selbst ab, mehr aber davon, wie die polnische Frage in Europa aufgefaßt wird, am meisten aber von dem Verlauf der kriegerischen Operationen. Wo ist in jedem Falle ein Pole, welcher gegen den bloßen Grundsatz eines solchen Programms zur Lösung der polnischen Frage protestieren könnte? Ist es nicht die allgemeine Überzeugung im Königreich Polen, daß „die geschichtlichen Aspirationen der Nation“ einzig und allein durch die Wiederherstellung eines polnischen Staates werden befriedigt werden?...

Überhaupt haben wir die Überzeugung, daß keine private „diplomatische Aktion in den polnischen Angelegenheiten“ der Nation zum Schaden gereichen kann, wenn sie nur der oben ausgedrückten Voraussetzung entspricht und uns Bundesgenossen zu gewinnen bezweckt. Höchstens darf jemand sagen, daß sie entweder grundsätzlich hoffnungslos, oder schlecht geleitet, oder von unfähigen Personen geführt wird. Es ist aber noch sehr weit dazu, einen Schaden anzunehmen, also einen Protest zu rechtfertigen. An dieser Auffassung festhaltend, versäßen wir niemals mit Vorbehalten die Aktion, die, gesetzt den Fall, von einigen unter der vorstehenden Erklärung unterzeichneten Personen oder z. B. von Herrn Feldmann in Berlin oder noch von irgend einem anderen unternommen wird, obgleich man auch hier viel von „eigener Initiative“ und von „eigenem Risiko“ reden könnte. Wir meinen auch, daß ein solches Vorgehen auch umgekehrt verbindlich wäre.

Im Sinne dieses Grundsatzes halten wir die Verbreitung der Überzeugung, daß eine richtige Lösung der polnischen Frage im politischen Interesse der Mittel-

möchte liege, für sehr wertvoll, und derjenige tut gut daran, welcher dazu beiträgt, uns nützliche Anschauungen zu verbreiten. Denn die Gewinnung so mächtiger Bundesgenossen, wie die Mittelmächte sind, bietet sogar ohne Rücksicht auf den endgültigen Ausgang des Krieges eine gewichtige Bürgschaft einer günstigen Wendung der Dinge für Polen. Dann werden wir geographisch Deutschland und Österreich sehr nahe stehen, werden wir zu ihnen stets ausgedehnte kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen haben, in ihnen also „gute Nachbarn“ besitzen, die von dem Nutzen eines selbständigen Polen überzeugt sind; das ist eine wichtige und wertvolle Bedingung, namentlich für eine Nation, die verhältnismäßig schwächer ist als diese Nachbarn sind.

Und wenn man sagt, daß die polnische Frage internationalen Charakter hat, so bedeutet dies gleichzeitig, daß an dieser oder jener Lösung dieser Frage eine ganze Reihe von Nationen interessiert ist. So ist es auch tatsächlich. Vor allem sollte Rußland, welches, nachdem es sich demselben lebensfähigen Problem des Ostens gewidmet hat, im Westen Ruhe und Sicherheit wünschen, die am besten durch die Existenz eines verhältnismäßig schwachen und mit höchster Tatkraft der inneren kulturellen nationalen Arbeit ergebenden Staates zu erreichen wäre. Dann aber auch alle diejenigen Staaten, welche die Notwendigkeit eines dauernden Friedens in Europa, die Unerlöschlichkeit der Befriedigung ewig dauernder nationaler Bestrebungen und die Bedeutung von Pufferstaaten verstehen.

Wenn wir die Sache von der richtigen historischen Höhe behandeln, so sehen wir klar, daß „der Hinweis auf die Übereinstimmung der polnischen Staatsraison“ mit der Staatsraison der europäischen Mächte im breitesten Umfange unternommen werden sollte, wenn die „Internationalität“ unserer Frage nicht... eine leere Redensart sein soll.

Das sind die Gründe, welche uns dazu bewogen haben, die Erklärung der 28, welche unwillkürlich die grundsätzliche Frage der polnischen Taktik berührt, mit ernststen Vorbehalten zu versehen.

B. R.

In der selben Angelegenheit schreibt der Warschauer Goniec in seiner Nummer 170 vom 3. April 1916 unter der Überschrift

„Zuviel Ehre“

im Anschluß an die Wiedergabe des Protestes der 28 folgendes:

Ist das nicht zuviel Ehre?

Sogar die größten Freunde Dmowski's könnten keine bessere Reklame für ihn ersinnen, als dieser Protest ist. Wie denn, wird man sagen, waren erst einige Wochen Zeit notwendig, um einen übrigens so schwachen Protest gegen Dmowski zu erlassen, und es haben sich nur 28 Unterschriften gefunden? „Ich habe niemals behauptet, — werden Dmowski und seine Freunde sagen — daß sich in Warschau nicht einige Duzend Leute finden werden, die der Ehrgeiz verzehrt und die mir mit dem Kopfe nicht gewachsen sind, und daß sie mit mir nicht zufrieden sein werden? Aber was bedeuten sie, wenn ganz Warschau hinter mir ist?“

Einer der Unterzeichneten, Herr Kempner, hat in seinem Blatte vor einigen Wochen zur Genüge erläutert, wer Herr Dmowski ist und wie man ihn überhaupt behandelt hat. Das Artikelfchen des Herrn Kempner redete mehr, als der ganze vorliegende Protest.

Ist doch vor allem das sogenannte Nationalkomitee eine Usurpation von einem Duzend und mehr unverschämten Personen, mit dem übrigens niemand im Königreich Polen gerechnet hat, nicht einmal

damals, als hier noch die Russen waren. Es ist zum allgemeinen Gespött geworden, und es scheint, daß es nicht ernst behandelt wurde, nicht einmal von seinen Vätern, d. i. von den Nationaldemokraten. Außerdem hat dieses Komitee, abgesehen davon, daß es in seinem Aufruf die Polen aus dem österreichischen-deutschen Teilgebiet zu einem gewissen Verrat der Mittelmächte zu Gunsten Rußlands überredete, absolut nichts getan, hatte es nicht den geringsten Einfluß. Und wie weit es keinen Einfluß hatte, davon zeugt die Tatsache, daß, als es von der Allgemeinheit eine Unterstützung der sogenannten Kain-Abteilungen (polnische Freischaren) verlangte, überhaupt keine fand, nicht einmal unter den Mitgliedern der Nationaldemokratie. Diese nämlich hatte sich gewöhnt, Dmowski nur in seinen Affären zu unterstützen, an denen Einzelpersonen oder Gruppen etwas verdienen konnten, aber sie besaß keine Idee und für sie keinen Groschen, desto weniger aber Lust, das Leben zu opfern.

Und was ist denn Dmowski selbst für eine Figur, daß man gegen ihn sogar protestieren sollte? Warschau hat Dmowski damals in den Vordergrund gerückt, als man wußte, er sei Vertreter der National-Liga, er sei ein Anhänger der Unabhängigkeit, bereit zum Kampfe mit Rußland. Dann aber, als Dmowski Panславismus und Russenfreundlichkeit zu betreiben begann, verfuhr Warschau mit ihm entsprechend, indem es ihm wiederholt eine Lehre erteilte. Als er einmal den Boykott der russischen Schulen aufzuheben bemüht war, wurde er auf dem Platz vor der Konditorei Lardelle geohrfeigt, dann wurden wiederholt die Fenster in der Redaktion ausge schlagen, die von ihm geleitet wurde, zum Zeichen der Verachtung wegen der von ihm betriebenen politischen Affären. Warschau zwang durch sein Vorgehen diese „Stroh puppe“, wie ihn Graf Witte nannte, dazu, auf das Abgeordneten-Mandat zu verzichten. Schließlich aber wurde er, als er zynisch nach dem Warschauer Mandat von neuem die Hand ausstreckte, im eigenen Wahlbezirk geschlagen, so daß er nicht einmal Wahlmann wurde.

Warschau hat also Dmowski wegen seiner Russenfreundlichkeit und überhaupt wegen seiner politischen Zügellosigkeit empfindlich gestraft. Es hat, wie wir aus dieser kurzen Darstellung ersehen, sehr nachdrücklich protestiert. —

Damals trat Dmowski, die genossenschaftliche Bewegung in unserem Lande und die wirtschaftliche Verteidigung, welche unsere Volksgesamtheit seit einigen Jahren schon vorher gegen die Überschwemmung des jüdischen Handels führte, benützend, als antisemitischer Provokateur auf, witterte überall den Juden — sogar den Aufstand im Jahre 1863 proklamierte die Nationaldemokratie als jüdische Intrigue — und war mit Hilfe in erster Linie des Zweigroschenblattes bemüht, Popularität und das, was er immer benötigte, d. i. Geld zu gewinnen. Er verhängte über die Juden den Boykott, gab auf dem Schilde „Der Landsmann zum Landsmann“ die Lösung aus, den semitischen Handel nicht zu unterstützen, er selbst aber haschte mit Hilfe verschiedener Erpressungsversuche, durch Vermittlung von ihm aufgestellter Drahtpuppen, wo er konnte, nach Geld für jüdische Inzerate, die er haschte, boykottierte, aber nur in den anderen Blättern.

Zur Charakteristik Dmowski's und seiner Attachees erinnern wir an eine Tatsache, von der wir früher wiederholt schrieben. Bekanntlich bestand in Rapperswil der sogenannte Nationalklub, der von dem verstorbenen Obersten Wilkowsky gegründet wurde und den Zweck hatte, zu einem bewaffneten Kampfe gegen Rußland Geld zu sammeln. Es wurde durch Groschenbeiträge der Handwerker, Bauern und der Intelligenz aufgebracht. Ein Teil der Zinsen dieses

Fonds wurde der Nationalliga zur nationalen und politischen Aufklärung des polnischen Volkes in der Richtung der Unabhängigkeit und der Notwendigkeit des Kampfes mit Rußland überwiesen.

Dieses bis zu einem gewissen Grade ideelle Symbol, den heiligen Nationalschatz, beschloß die Nationaldemokratie mit Dmowski an der Spitze zu plündern. Die Gelegenheit benutzend, daß an der Spitze des Nationalschatzes Leute standen, die sich in dem, was im Königreich Polen vor sich ging, schwach orientierten und vor allem alt waren, legten Delegierte der Nationalliga den Vertretern des Nationalschatzes ihre angeblich auf die Unabhängigkeit gerichteten Arbeiten vor und lockten auf diese Weise Geld ab. Angesichts dessen, daß die Nationaldemokratie schon damals durch und durch panslawistisch und russenfreundlich war, hatte sie auf dieses Geld nicht das geringste moralische Recht. Um es offen zu sagen, bestahl sie den Nationalschatz, was umso schlimmer ist, als sie es mit einem aus der Leichtgläubigkeit gutmütiger Kreise gemachten Schlüssel tat.

Der Unterzeichnete war damals zufällig in Rapperswil, als der Nationaldemokratie die Zinsen vom Nationalschatz eingeräumt wurden, und warnte, daß die Vertreter der Nationalliga einer Hinterlist zum Opfer gefallen seien, daß die Delegierten der Nationalliga, hervorragende Nationaldemokraten, moralische Straßenräuber öffentlicher Gelder seien.

Damals schied der verstorbene Oberst Wilkowsky, da er sah, was kommen wird, aus dem Institut des „Nationalschatzes“ aus, obgleich ihn einer der Delegierten der Liga kniefällig bat, auf seinem Posten zu verbleiben, man sah nämlich ein, daß im entgegengesetzten Falle ein Skandal entstehen werde. Der Greis aber, der die Würde der Nation hochhielt und die Ehre hochschätzte, nahm seinen Rücktritt nicht zurück.

Was tut nun der kniefällig flehende Herr? Er kehrt nach Warschau zurück und macht, die Gelegenheit benutzend, daß er mit Rücksicht auf die Zensur eine entsprechende Erwiderung nicht zu fürchten hat, den ehrenwerten Obersten in dem Organ der Nationaldemokraten „Gazeta Polska“ lächerlich.

Es scheint, diese Illustration genügt, um zu überzeugen, daß der Protest gegen die Person Dmowskys, den Warschau als einen Streber und politischen Betrüger, der in den Mitteln absolut nicht wählerisch ist, als Spieler erkannt hat, der in seiner ungezügelten Eitelkeit, seine in moralischer und politischen Beziehung erbärmliche Person in den Vordergrund zu stellen, daß der Protest gegen diese so erbärmliche Person ihr zuviel Ruhm und Ehre antut.

Siegismund Makowiecki.

Aus Nr. 82 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. April 1916.

Um die polnische Sprache in der Gerichtsbarkeit.

Der „Dziennik narodowy“ teilt aus Lodz mit:

Das deutsche Polizeipräsidium in Lodz wandte sich vor zwei Wochen an sämtliche Rechtsanwälte und Juristen am Orte mit der Forderung, entsprechende Erklärungen zu unterschreiben, auf Grund deren ihnen gestattet sein wird, ihre Praxis als Verteidiger bei den hiesigen deutschen Gerichten auszuüben. Entgegengesetztenfalls drohte das Runds Schreiben für die Erteilung von Rat in Rechtsfachen ohne vorherige Genehmigung die Auferlegung einer Strafe von 1000 Rubel an. Die hiesige polnische Rechtsanwaltschaft versammelte sich, um in dieser Angelegenheit zu beraten, worauf eine Deputation gewählt wurde, die sich zu Herrn v. Oppen begab und im Namen der polnischen Rechtsanwälte erklärte, sie verzichteten in

Zukunft überhaupt auf Rechtsbeirat im Hause und würden sich in den hiesigen Gerichten solange nicht einfinden, bis die polnische Sprache die Verhandlungssprache sein werde, statt der bisher angewandten deutschen.

Herr v. Oppen nahm davon vor der Hand Kenntnis, bemerkte jedoch, daß er die Sache nicht als erledigt betrachte.

(Von der Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 79 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7. April 1916.

Aus der Warschauer Presse.

Den 30. März sandte Herr Kleinow, der Chef der Presseverwaltung, an die Zeitungen ein Rundschreiben, in welchem er die Warschauer Presse darauf hinwies, zur Vermeidung eines obligatorischen Verbots ihren Umfang möglichst zu verringern. Herr Kleinow macht auch auf den Uebelstand in den Warschauer Blättern aufmerksam, da ihre Inserate zu groß seien. Auch die amtlichen Bekanntmachungen sollen von geringerem Umfang sein. Die Redakteure dieser Blätter beraten, um eine Erklärung abzugeben, daß die Warschauer Presse schon so wie so jetzt durchschnittlich in einem 3—4 mal geringeren Umfange als früher erscheinen. Eine weitere Kürzung der Inserate sei unmöglich, da diese die einzige materielle Grundlage der Zeitungen seien.

Aus Nr. 96 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 6. April 1916.

Die polnische Presse in dem von den österreichischen Truppen besetzten Gebiet.

Nach der Einnahme des südlichen Teils des Königreichs Polen durch die österreichischen Truppen und der Errichtung einer Verwaltung hat sich dort die Bewegung auf geistigem Gebiet außerordentlich belebt. Dies fand auch seinen Ausdruck in dem Anwachsen der polnischen Presse. Gegenwärtig erscheinen in dem von den österreichischen Truppen besetzten Gebiet des Königreichs Polen folgende Blätter:

In L u b l i n — dem größten Verlagsmittelpunkt — die „Ziemia Lubelska“ und der „Glos Lubelski“, ferner die Wochenblätter „Kurjer Lubelski“ und „Gazeta Ludowa“ und die Zweiwochenblätter „Sprawa Polska“ (für die Intelligenz) und „Polska Ludowa“ (für die Bauern). Die letzten beiden Blätter gibt der Ausschuss der nationalen Organisation in Lublin heraus. Außerdem erscheint in Lublin seit einigen Wochen das Wochenblatt „Myśl zydyowska“ (der jüdische Gedanke), eine den Interessen der jüdischen Bevölkerung gewidmete Schrift.

In R a d o m wird die „Gazeta Radomska“, der „Glos Radomski“ — 3 mal wöchentlich — und die Wochenschrift „Brzask“ herausgegeben.

In P e t r i k a u erscheint der „Dziennik Narodowy“, die Wochenschrift „Wiadomosci Polskie“ (Organ des Obersten Nationalkomitees) und die Zweiwochen-schrift „Staut“ für die polnische Jugend.

In D o m b r o w a G o r n i c z a erscheint die „Gazeta Polska“ und in B e n d z i e n das Wochenblatt „Robotnik“.

Aus Nr. 180 des Glos Narodu (Krafsau)
vom 9. April 1916.

Für Litauen.

Der Krieg, welcher fast über alle Lande der früheren (polnischen) Republik einherzieht, hat Litauen nicht verschont. Das Vaterland des Mickie-

wicz und des Kosciuszko befindet sich zum großen Teil unter der deutschen Okkupation. Es hat die Greuel der Kämpfe durchgemacht, in denen der Vormarsch der siegreichen Heere die schrecklichen Trümmer des Rückzugs zertrat. Es hat eine Tragödie durchlebt, von der wir vorläufig nur Bruchstücke kennen; denn spärlich gehen die Nachrichten aus diesem unserem Osten ein, aber auch diese genügen, um das Herz des Polen zu erschüttern und in ihm eine brüderliche Reflexbewegung hervorzurufen: Litauen leidet, man muß ihm helfen.

Wir sind uns dessen gewiß, daß wir dadurch, daß wir diesen Gefühlen eine sichtbare Gestalt geben, dem nationalen Instinkt, welcher immer treu, unveränderlich und unbeugsam zu dem Wappen stand, welches den Adler und den Reiter verbindet, nur als Organ dienen.

Der staatschöpferische Gedanke, welcher in diesem Symbol verkörpert ist, ist unser Stolz und einer der tiefsten moralischen Inhalte unseres Rechts auf geschichtlichen Ruhm. Blut und Eisen haben um uns herum die staatlichen Organismen zusammengeschweißt. Litauen mit der Krone hat Liebe vereinigt, nicht Gewalt, der Zwang des Verstandes, nicht der Zwang der Kraft. So sah unsere „*annection d'autrefois*“ aus, welche Maczko in seinem Werke vor den Augen und dem Gewissen Europas des 19. Jahrhunderts entrollt hat.

So hat „die Weisheit der Väter auf einen alten Baum ein neues Land gepflanzt“, damit „beide auf einem Stamm wüchsen“, damit sie „wie zwei im Schoße Gottes ruhende Gebete“ wären. Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen!

„Es war ein Land, welches sich ausbreitete, schreibt Stanislaus Tarnowski von dem Werke Maczkos — es war eine Nation, welche zusammenfloß, es war ein Staat, welcher mächtig wurde ohne Lüge und Betrug und Verrat, ohne Unbilden und Gewalttaten, ohne das zu vereinigen, und fortzunehmen, was fremd war. Es war ein solches Land, es war eine solche Nation, es war eine solche Regierung, welche den Namen Gottes zu ihren Annexionen nicht mißbrauchten, den Namen des Rechts zu ihren Gesetzwidrigkeiten nicht mißbrauchten; sondern sie trugen den Namen Gottes und das Gesetz Gottes dorthin, wo es nicht bekannt war, das weltliche, menschliche freie Gesetz gaben sie Völkern, welche gar keine Gesetze hatten, und durch diese einzige Tat breitete es seine Grenzen aus. So war es, in der Tat war es so, das ist Wirklichkeit, das ist Geschichte.“ — Das ist die Geschichte, welche mit der Taufe Jagiello in Krakau begonnen, in Horodla befestigt, auf dem Lubliner Pergament besiegelt wurde. Kein anderer wie Jacob Caro, der deutsche Geschichtsschreiber, kennzeichnete den polnisch-litauischen Bund mit den Worten, daß „eine solche Union in der ganzen Geschichte Europas nicht anzutreffen ist“.

Ein Werk, welches aus Liebe entstanden ist, mußte Liebe hervorbringen. Das polnische Blut mit dem litauischen ist in Ehen, in gemeinsamen Schlachten gegen Feinde und in gemeinsamen Martyrien zusammengefloßen. Diesen Bund haben Geisteskräfte geschaffen, also war und ist die materielle Macht ihm, dem Geiste gegenüber machtlos. Vergeblich lastete über Litauen später die finstere Kraft der Vernichtung, um unsere zivilisatorische Saat auszurotten. Die Einheit Litauens mit der Krone überdauerte dies alles. Sie überdauerte sogar den Haß, mit welchem der gemeinsame Feind die Seele unserer ehelichen Brüder verdunkelte, um sie von uns zu seinem Nutzen loszureißen. Und wenn Litauen heute leidet, öffnet sich unser Herz für dasselbe ebenso, wie damals, als es für das eine unzerreißbare Vaterland von dem Blute seiner Märtyrer triefte. Schwer hat uns selbst das Unglück des Krieges heimgesucht. Wenn wir aber

Warschau ein Geschenk dargebracht haben, wie es in unseren Kräften stand, so wird sich auch für Litauen in unserer Armut noch ein Opfergeld finden. Und legen wir eine moralische Bedeutung auch dem bei, daß die erste Lösung der Hilfe von hier, von der Kathedrale des Wawels ausgeht, wo Jagiello die Taufe, die Trauung und die Krönung empfing, „ein Kind Christi, der Gemahl Hedwigs und König von Polen“ werdend. Wenn sich auf unsere von hier ausgehende Stimme der Groschen Großpolens, Kleinpolens, und des Königreichs Polen in einer Sammelbüchse vereinigen wird, so wird sich in diesem mildtätigen Klang eine große Stimme vernehmen lassen. Wir wünschen, daß man sie überall vernehme, wo sie vernommen werden sollte. Es wird die Zeit — wir glauben es — kommen, und zwar bald, für ein lebendiges klares Wort der Nation in Bezug auf alles, was ihr zukünftiges Schicksal sein soll. Bevor dies geschehen wird, möge das Band des Geistes zwischen der Krone und Litauen durch seine Kraft bezeugen, daß zwischen uns nichts geborsten ist, daß wir einig, einig, einig sind. So, wie wir es immer waren.

Spenden zur Hilfe für das leidende Litauen nimmt das Krakauer Fürstbischöfliche Komitee sowie die Administration unseres Blattes entgegen. Wir zweifeln nicht, daß auch die anderen polnischen Blätter diesen nationalen Gedanken unterstützen und ihre Spalten für die Spenden öffnen werden, die möglichst reichlich fließen mögen.

In das Krakauer Fürstbischöfliche Komitee sind bisher folgende Spenden eingegangen: Fürstbischof von Krakau 1000 Kronen, Gräfin Andreas Potocki aus Krzeszowice 1000 Kronen, Professor Eduard Janczewski 1000 Kronen, Familie W. Anczyk 100 Kronen; die Schule zum heiligen Andreas 11 Kronen, Administration des „Kurjer Lwowski“ 25 Kronen, Geistlicher Michael Wojtusjak 50 Kronen.

Aus Nr. 83 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. April 1916.

Vom Komitee zur Hilfeleistung im Königreich Polen.

Mit Rücksicht auf die neuen Anträge um größere Beistandsleistung für Alexandrowo und Ciechocinek war es notwendig, die Bedürfnisse der Bevölkerung an Ort und Stelle zu prüfen, und zwar umsomehr, als die Forderungen von diesen Ortschaften her mit großem Nachdruck gestellt wurden. Es könnte scheinen, daß solche Ortschaften, welche dicht an der deutschen Grenze gelegen sind und 1½ Jahre lang fern vom Kriege stehen, sich selbst zu helfen wissen müßten. Indessen ist dies nicht der Fall. Die Gründe sind folgende: Alexandrowo ist eines der größten Zollämter und eine bedeutende Eisenbahnstation. Vor dem Kriege zählte es 14 000 Einwohner. Man kann sich vorstellen, wieviel Beschäftigung so ein Grenzknotenpunkt der Bevölkerung bietet. Es ist dort ein Zollamt und die Eisenbahn, und in einem solchen Orte blüht gewöhnlich der Schmuggel. Alles das hörte mit einem Male durch den Krieg auf. Dazu kommt noch der Umstand, daß ein großer Teil der männlichen Bevölkerung ständig, sei es in Amerika, sei es in Deutschland, auf Außenarbeit war. Einen Teil ihres Verdienstes schickten die Auswanderer ihren Familien zu. Auch das hörte mit dem Ausbruch des Krieges auf. Solange also die Vorräte reichten, ging es einigermaßen, doch diese waren bald erschöpft. Verdienst gibt es gegenwärtig fast gar nicht, deshalb vermehren sich die Opfer des Krieges seit einigen Vierteljahren von Tag zu Tag, und die Not

wird immer größer. Als Beispiel für das Wachsen des Glends während des Krieges möge die Zusammenstellung der aus der in Alexandrowo bestehenden Volksküche ausgeteilten Mittagsmahlzeiten dienen:

Im Oktober	1915	2 659	Mittagsmahlzeiten
Im November	1915	6 814	"
Im Dezember	1915	12 079	"
Im Januar	1916	17 364	"
Im Februar	1916	23 270	"
Im März	1916	23 931	"

Es gibt Optimisten, die behaupten, daß der Besuch der Volksküche ansteckend sei, indem einer den anderen nach sich ziehe, und die Küche ernähre alle und vielleicht auch solche, die sich selbst ernähren sollten. Ich bitte, nach Alexandrowo zu fahren und sich die Bevölkerung bei der Mittagessenausstellung anzusehen oder durch einige Gütten zu gehen, in welchen die niedere Bevölkerung wohnt und sich die Gesichter einer Reihe von Kindern in einem Stübchen anzusehen, da wird ihm die Lust zu derartigen Behauptungen vergehen, und unwillkürlich wird er in die Tasche greifen, um dem Komitee zur Hilfeleistung neue Spenden zuzuführen. Der örtliche Fürsorgerat in Alexandrowo teilt gegenwärtig täglich 658 Mittagessen aus und verabsolgt außerdem an 170 Kinder täglich das Frühstück. Das Mittagessen — ein Teller Suppe und ein Stück Brot — kostet 12 Pf., Frühstück 6 Pf. — billiger kann man es tatsächlich nicht verlangen. Zu bewundern ist überhaupt die Wirtschaftlichkeit und Vorsorglichkeit des Fürsorgerats in der Ortschaft Alexandrowo, denn solche billigen Preise für Mittagessen haben wir auf unseren Reisen nirgends gefunden. Die tägliche Ausgabe beträgt in Alexandrowo augenblicklich 2 670 Mark. Alexandrowo erhielt bis jetzt aus Posen 600 Mark monatlich, erst im März wurde die Summe auf 1 000 Mark erhöht — es zeigt sich also, daß der Ruf nach Hilfe für Alexandrowo ganz gerechtfertigt war. Um die ärmere Bevölkerung mit Lebensmitteln für den Winter zu versehen, sorgte der örtliche Fürsorgerat in Alexandrowo für den Ankauf von Kartoffeln, welche von der Bevölkerung zum Anpflanzen in den Hausgärten verwendet werden sollen. Dazu wurde eine Beihilfe von 2 000 Mark aus Posen gewährt. Wir haben festgestellt, daß Alexandrowo aus Thorn und Posen ziemlich viel Kleidungsstücke, besonders für Kinder, erhalten hat; aber wie elend sieht trotzdem die Kleidung der Kinder heute aus, lauter Fetzen und nichts weiter!

Von den humanitären Einrichtungen in Alexandrowo, welche durch das Komitee, jetzt Fürsorgerat, geschaffen worden sind, wären außer der Volksküche noch drei sehr gut funktionierende Kleinkinderschulen mit 400 Kindern zu erwähnen. Alles dies lebt vom Opfer Sinn verschiedener Leute, der sich jedoch immer mehr und mehr erschöpft.

Beim Besuch verschiedener kinderreicher Familien haben wir einige so abgeehrte Kinder in den Wiegen angetroffen, daß dieselben als Todeskandidaten anzusehen sind. Diese Kinder kann man durch die Krippe retten. Die Ortsbehörden werden damit einverstanden sein, es sind jedoch Mittel dazu erforderlich. Wir haben die Einrichtung einer Krippe empfohlen. Der dabei anwesende Präsident des Kreisrates in Błocławek, Herr Sulimierski aus Straszewo, stellte in Aussicht, daß die Umgegend, sofern das Komitee sich an sie wende, wahrscheinlich genug Bettstellen, Wiegen und Betten zur Verfügung stellen werde. Natürlich wird für die Krippe auch Geldbeihilfe erforderlich sein. Und da auf 30 bis 50 Kinder zu rechnen ist, so haben wir gesprochen, für die Krippe in Alexandrowo für diese Beihilfe von Posen her Sorge zu tragen.

Ciechocinek, der bekannte Badeort mit den besten Soolbädern in Polen, wurde jährlich von ungefähr

13 000 Kurgästen besucht. Mitten in der Hochsaison verödete der Ort wegen des Krieges an einem Tage. Es fuhren zuerst die Gäste und dann die Besitzer der Pensionate haufenweise ab. Die zurückgebliebene Dienerschaft, welche sich aus der örtlichen Bevölkerung rekrutierte, wohnte in dem in Ciechocinek selbst gelegenen Dörfchen Alexandrowka. Diese Bevölkerung lebte hauptsächlich von den Gästen. Auch hier haben viele Familien ihre Männer im Kriege, ebenso in Amerika und in Deutschland. Die Frauen beschäftigten sich mit Waschen, die Töchter waren in den Pensionaten als Stubenmädchen usw. tätig. Seit 20 Monaten fallen die Geldsendungen der Männer aus Amerika und Deutschland weg; es gibt am Orte keine Arbeit, aber es muß gelebt werden.

Dank der Vorsorge des Domherrn Helbich und der Frau Gebczynska hat sich in Ciechocinek ein Wohltätigkeitsverein gebildet, welcher eine Volksküche anlegte und gegenwärtig täglich 400 Mittagsmahlzeiten für Erwachsene und Kinder austeilte. Die Nahrungsvorräte sammelt Pfarrer Helbich, indem er selbst zu diesem Zwecke die Umgegend bereist, und dieser Umstand erklärt es, daß die Mahlzeiten in Ciechocinek noch billiger ausfallen wie in Alexandrowo, nämlich 5 Pf. für jede Portion. Aus Posen erhielt Ciechocinek eine abermalige Zuwendung von 1 000 M. Außer den Mittagsmahlzeiten werden in Ciechocinek auch monatliche Geldunterstützungen gewährt; viel ist auch für Arzneimittel und sogar für Särge ausgegeben worden.

Hinsichtlich des Beschaffens von Mitteln behilft man sich damit, daß man in Ciechocinek wie überall Konzerte und Vorlesungen veranstaltet.

Die Behörden haben in Ciechocinek Lazarette eingerichtet, wozu sich besonders die verlassenen Willen eignen. Gegenwärtig werden diese Willen immer mehr geräumt, so daß der Gedanke auftaucht, die Badeanstalt zu eröffnen. Wir zweifeln jedoch daran, da der Frühling in ganzer Fülle da ist, und man nach dieser Richtung hin in Ciechocinek noch keine Symptome einer Bewegung merkt.

In Ciechocinek gibt es auch eine konfessionelle, polnische Gemeindegemeinschaft. Die haufenweise sich auf den Straßen herumtreibenden Kinder mußten beschäftigt werden. Die Behörden selbst machten darauf aufmerksam. Die Einrichtung der Schule hat man dem Pfarrer Helbich anvertraut, der im Hause der Barmherzigen Schwestern drei Klassen einrichtete und sogar 1200 Mark Regierungsbeihilfe dazu erhielt. Der jährliche Etat beträgt für die Schule 4000 M. Die Beschaffung der fehlenden 2800 Mark hat man der Gütigkeit des Pfarrers Helbich überlassen. Ob er die Mittel aufstreiben wird, ist zweifelhaft. Teilweise müßte man ihm darin helfen. Das Posener Komitee beschäftigt sich mit der Unterstützung von Schulen nicht. Der Endesunterzeichnete bittet daher Privatpersonen, etwa 2000 Mark für Ciechocinek aufzubringen. Entsprechende Quittung wird durch Pfarrer Helbich in den Zeitungen geleistet werden.

In Ciechocinek gibt es auch eine Kleinkinderschule, die von einigen Duzend Kindern besucht wird.

Man muß auch zugeben, daß sowohl in Ciechocinek als auch in Alexandrowo die Organisation rührig und verständig ist, da man mit bescheidenen Geldmitteln eine ganze Menge Arbeit erledigt. Aber auch nur auf diese Weise kann man die Angelegenheit der Hilfeleistung erledigen. Andauerndes Umsehen nach Hilfe von auswärts ohne Mitwirkung der örtlichen Kräfte kann sowohl hinsichtlich der Arbeit, als auch hinsichtlich der Mittel nicht viel ausrichten. Andererseits ist Energie bei dem Werke der Barmherzigkeit darum erforderlich, weil man die Hungrigen nicht

warten lassen kann. Hier gilt vielmehr einzig der Grundsatz: „Doppelt gibt, wer schnell gibt.“

Die geehrten Mitbürger unseres und der übrigen Landesteile mache ich darauf aufmerksam, daß die Mittel des Komitees bei der gegenwärtigen Ausgabe von monatlich 350 000 M. bald erschöpft sind. Es ist Zeit, über größere Kräftigung der Kasse des Komitees nachzudenken. Mögen erfinderische Personen sich dies beizeiten überlegen, denn die Summen, welche man seit einer gewissen Zeit gegenwärtig als Spenden in der Zeitung liest, sind sehr gering, es sind durchaus größere erforderlich.

Aus Dem Auslande.

Aus Nr. 2821 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 1. April 1916.

Der stellvertretende Vorsitzende des österreichischen Reichsrats Dr. Ludomil German und die Konsolidation der polnischen Parteien.

Unter dieser Überschrift bringt das Lemberger Blatt eine Unterredung seines Vertreters mit dem polnischen Abgeordneten Dr. German, welcher folgende wesentlichen Abschnitte entnommen seien.

Auf die Frage, was der Abgeordnete über die gegenwärtige Zusammensetzung der Parteien im Königreich Polen und über die dort herrschenden politischen Stimmungen denkt, erwiderte er:

Eine Antwort auf diese Frage ist insofern sehr schwierig, als die politischen Parteien im Königreich Polen auch früher, insbesondere aber während des Krieges keine Gelegenheit haben konnten und hatten, sich bestimmt zu gruppieren und ihren Willen offen kundzugeben. Die schweren Erlebnisse des Königreichs Polen in seiner Gesamtheit und später in seinem größten Teil unter der deutschen Okkupation mußten eine große Vorsicht in der Äußerung ihrer Meinung zur Folge haben. Man muß dabei bedenken, daß sich das Königreich Polen jahrzehntelang unter ganz anderen Verhältnissen entwickelte und sein Leben diesen Verhältnissen anpassen mußte.

Der Mangel eines offenen politischen Lebens bei allen denjenigen Parteien, welche nicht auf dem Boden eines unbedingten Ausgleichs mit dem russischen Staat standen, erschwerte natürlich, sich in der Kraft der verschiedenen politischen Gruppen genau zurechtzufinden. Daher kann das Argumentieren über die Anschauungen der Mehrheit oder der Minderheit des Volks im Königreich Polen nur auf Vermutungen oder auf Nachrichten über Stimmungen in kleinen Kreisen beruhen.

Wenn wir überdies die ungeheuren Schmeicheleien der russischen Staatsmänner gegenüber den Polen, angefangen mit dem Aufruf des Großfürsten bis zu den Reden Goremykins, Sazanows und Stürmers in Betracht ziehen, so muß man mit großer Nachsicht die verschiedenen Urteile im Königreich Polen aufnehmen, welche diesen Sirenenstimmen sofort erlagen. Daß gegenwärtig dort niemand mehr diesen gleißnerischen Versprechungen glaubt, daß kann man als sicher annehmen. Dagegen kann man sich nicht allzusehr wundern, wenn sich noch hier und da die Fehlsorgnis kundgibt, daß in Anbetracht des wandelbaren Geschicks des Krieges eine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse eintreten könnte, und daß diese Wiederherstellung trotz der russischen Versprechungen jemand befürchtet, darin liegt der beste Beweis, daß man diesen russischen Versprechungen dort nicht glaubt.

Das Oberste Nationalkomitee wünschte weder jemals, noch nahm es an, daß sich die polnische Volksgesamtheit im Königreich Polen seiner Leitung unter-

werfen möge, es wünschte nur, daß sich diese Volksgesamtheit zur gemeinsamen Arbeit an der Zukunft organisieren möchte. Das Oberste Nationalkomitee versteht die Schwierigkeiten dieser Organisation, es hegt jedoch die Hoffnung, daß diese Schwierigkeiten werden überwunden und daß auch die neuen Schwierigkeiten, welche sich aus der Tätigkeit zum Beispiel der „Godzina Polski“ ergeben, einer Vereinigung aller nationalen Kräfte nicht hinderlich sein werden. Seinerseits half das Oberste Nationalkomitee in dieser Angelegenheit stets aus allen seinen Kräften, es wird bis zum Ende helfen, und es sieht mit Freuden, daß die Erscheinungen der Konsolidation im Königreich Polen immer häufiger und weittragender sind.

Auf die Frage, ob man schon heute gewisse Umrisse der zukünftigen Organisation der polnischen Lande voraussehen könne, erhielt der Fragesteller folgende Antwort:

In dieser Richtung hält es schwer etwas zu prophezeien, namentlich in Anbetracht des übrigens erklärlichen Schweigens derjenigen Kreise, von denen überwiegend unser Schicksal abhängt. (Folgen 2 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen). Jedoch wird sich unsere Volksgesamtheit erst nach völlig vollzogener Konsolidation zu einer klaren und ausreichenden Stimme aufrufen. Vorläufig ist nur zu bedauern, daß man in unserem allerdings niedergedrückten und vernichteten Teilgebiet die Zukunft zu sehr nach der alten galizischen Schablone mißt, daß unser Gedanke selten außerhalb der nicht mehr bestehenden Grenzpfähle schweift, die jedoch offenbar in den Gemütern und Seelen zu tiefe Spuren hinterlassen haben. Zu wenig wenden sich unsere Augen nach dem Herzen Polens und seiner Hauptstadt — zu viel rechnet man mit unseren westlichen Nachbarn. Ihre etwaigen Gelüste, in unserem Lande Geschäfte zu machen, braucht man in der zukünftigen Konfiguration nicht allzu sehr befürchten.

Ich höre hier Besorgnisse hinsichtlich des zukünftigen Standpunkts Lembergs und eines etwaigen Verlustes seiner Bedeutung zu Gunsten Krakaus. Das ist unverständlich. Gibt es doch noch Warschau. Und vor Lemberg eröffnet sich die großartige Zukunft eines Bindeglieds mit dem Osten und des Zentrums einer großen wirtschaftlichen Arbeit. Wenn Lemberg seine Lage gut verstehen wird, so braucht es keine Verluste zu fürchten, denn die geringen Verluste, welche eintreten könnten, werden hundertfach dadurch entschädigt werden, was ihm die Zukunft unfehlbar bringen wird.

Aus dem Zensurstück der Nr. 80 des Kurjer Poznański
(Posen)

vom 6. April 1916.

(Von der Zensur gestrichen).

Briefe aus Krakau.

Krakau, den 2. April 1916.

Nirgends vielleicht hat der Einfluß des Verlustes der Selbständigkeit so bedauernswerte Ergebnisse gezeitigt, wie in dem Bruchteil der Nation, von dessen Politikern ein Teil der Ansicht ist, daß sie den Mut zur Tat besäßen. Noch mehr, sie betrachten diese Tat als allein der Nation würdig. Sie kümmern sich nicht um die ihrem Geschick überlassenen Millionen; sie gehen über die in der Geschichte einzigartige Zerstörung des Landes zur Tagesordnung über. Drückt sie aber jemand an die Mauer, dann berufen sie sich auf die Vergangenheit, die angeblich einzig die Tat im Auge gehabt habe. Nichts sind für sie die Leute, welche einst rieten, Katharina II. zu überleben; eine armselige Erinnerung sind in ihrem Kreise die Czartoryski, Staszyc, Sniadecki; der Geringfächung

würdig ist ihnen die Politik Wielopolstis, und ihr Ideal sind in Friedenszeiten Manifestationen, in Kriegzeiten die revolutionären Traditionen des bewaffneten Kampfes um jeden Preis.

Dieses suggestive Ideal findet viel Widerhall inmitten der einfachen Leute aus dem Volke, das sich auch um seine Interessen zu kümmern weiß, inmitten der für die Schönheit der Tat empfindsamen Frauen, denen die bloße Samariterinnenrolle nicht zu Gesichte stünde; den Glauben an dieses Ideal nähren in den Gehirnen gedankenloser Leute Tageszeitungen, denen das Geschick der vor dem Kriege bedrängten Genossen von der roten Standarte teuer ist, Tageszeitungen, die stets für das von Unduldsamen und Reaktionären bedrückte fremde Element eingetreten waren. Diesen Chorus von Anhängern der Tat vergrößern um die Auszahlung der Entschädigung besorgte Edelleute, die sich zwar nicht persönlich aussetzen wollen, aber die Standarte vor der Idee senken. Den Reigen in dieser Gesellschaft führt jedoch der typische, galizische Politiker. Um die Qualifikation für einen solchen Politiker zu besitzen, muß man unbedingt minder reiner polnischer Herkunft sein. Das erleichtert die Orientierung inmitten der widerstreitenden Interessen, gestattet es, allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, gebietet Erhabenheit über die Vorschriften der allgemeinen persönlichen und öffentlichen Ethik.

Ein solcher Politiker verteidigt z. B. die andere Nationalität, da dies zu dem Fortschritt der Zeit paßt; er ist sogar nicht empört über äußere Intrigen, welche diese zweite Nationalität gegen die erste auspielen, da dies den inneren Frieden trübe; er verteidigt wütend das fremde Element, da es in ganzen Tausenden für ihn stimmt als für einen Vertreter der Toleranz. Es handelt sich ihm nämlich um sich; es handelt sich bei ihm um das Beharren bei der Doktrin, was ihm und seiner Partei, wenngleich sie nicht völlig den neuen Verhältnissen entspräche, die Anerkennung der Interessierten einbringt. Ein solcher Politiker des Sumpfes geht auch mit einer Handbewegung über das Geschick der Brüder in den übrigen Teilgebieten hinweg, da ihre Politik seinen Anschauungen nicht entspricht. Er dringt in ihre Lebensbedingungen nicht ein; ihn schmerzen ihre Schmerzen nicht. Denn sein Galizertum weiß sich, obwohl es sich als national zu bezeichnen und zur Betörung der Jugend, der Frauen, der einfachen, gedankenlosen Leute Erinnerungen an die Vergangenheit wachzurufen liebt, nicht mit dem Gedanken an seine Fehlbareit und Beschränktheit zu versöhnen.

Versteigt er sich in seinen Ausführungen allzuweit, dann weiß er geschickt vom Abwege abzulenken. Er hält sich selbst für einen Apostel des Gefühls, für einen Ritter, für einen Märtyrer der Idee, was ihm im gegebenen Falle nicht verwehrt, sich in das sichere Wiener Feuilleton zu flüchten. Dort erst fühlt er sich heimisch als Vertreter eines internationalen Mittelpunkts, als Anhänger der internationalen Dreherei, als Liebhaber allmählicher Verzichtleistung auf alles, was nicht persönliches Interesse ist. Seine Politik wird auf dem Boden an der Donau „Bilinskiade“ genannt, vor der er selbst, obgleich er aus den Grenzgebieten stammt, in den Theorien der unterirdischen russischen Ideologie großgezogen wurde und angeblich den Widerstand gegen den Loyalismus verkörpert, die nie errötende Stirn neigt und das stolze Knie beugt. Dort, wo ihm die Ideologen der Kriegsentzündungen, die Theoretiker der Opfer des Opfers halber, die Meister im Vorspiegeln von Huldigungen gegenüber einer Politik des Handelns, das sie im Geheimen als Selbstmord verurteilen, zu Hilfe kommen, da fühlt er sich heimisch, und er rühmt die Erhabenheit des Galizertums über alles, was in anderen Teilgebieten geboren sein mag.

Und er hätte es gern, wenn dieses Galizertum sich den Warschauer Gehirnen mitteilte und sie aus der Neutralität hinausführte, die er in Übereinstimmung mit seinem nicht wählerischen Wörterbuch des Mischlings, des Polemikers, des Mannes der Tat die „Politik des Bauches“ nennt. Leider verhält sein Ruf ohne Echo, das Bild spricht nicht zum Großvater. Wenn es sich aber auf der Allgemeinheit minder bekannten Wege ausspricht, dann erkennt man aus dem ganzen Inhalt, daß die galizische Resignation, das Opfer des Opfers halber, die Täuschung der Täuschung halber nicht nach dem Geschmacke der Söhne der Positivisten ist. Denn sie haben eine allzu harte Schule durchgemacht, sie haben die Vorträge der Krakauer Politiker nicht besucht, sie ließen sich nicht von der Politik der schmutzigen Wege nasführen. Sie sind Nationalisten durch und durch, verzichten auf nichts, gehören nicht zu den Lobhudlern der „Bilinskiade“, nennen einen Mann von breiterem Denken und von einem traditionellen System den nicht, der gegenüber höheren Wiener Faktoren die Miene der Demut und der Geschmeidigkeit aufsteckt, aber seinen Landsleuten gegenüber rücksichtslos und mit der Strenge eines östlichen Herrschers auftritt. Einem galizischen Politiker mit dickem Fell imponieren vielleicht diese Rücksichtslosigkeit und Strenge mehr, als die „Bilinskiade“.

Nichts haßt der galizische Politiker mehr als den Nationalismus. Obwohl er sich nämlich auf Kościuszko beruft, der die große Nation nicht ohne Widerstand zu Falle kommen ließ, auf Dombrowski, der die Nation in der Epoche eines scheinbaren Todeschlafs geweckt hat, auf die Führer der Aufstände, die zwar das Werk des Verstandes zerstörten, aber von einem heißen Herzen Zeugnis ablegten, ist er kein Nationalist.

Was ist er somit, da er sich doch auf heilige Namen von Leuten beruft, die jedem Parteineid fernstanden, auf die Namen von Helden nationaler Freiheitsbestrebungen, auf die Namen von Arbeitern, die von jedem Loyalismus frei waren und nur ein Ziel vor Augen hatten? Er ist ein galizischer Politiker, der den Gedanken, die polnische Politik von fremden Einflüssen abzusondern, innerlich selbständig zu werden, nur auf sich zu rechnen, nicht hingegen auf äußere Faktoren, das ganze Leben hindurch eine Verschwörung nannte und heute noch nennt. Er haßt den Katholizismus, da er sich für einen Liberalen hält; er haßt den Nationalismus, da er sich für einen Fortschrittler hält. Er kennt nur die Kasten, welche eigene Interessen haben; er kennt nur Parteien, die einzig mit der Macht rechnen. Er rechnet somit mit dem Sozialismus, da derselbe über Zehntausende von Stimmen verfügt; er rechnet mit den Volksparteilern, da sie Millionen hinter sich haben; er rechnet mit der anderen Nationalität, da sie allen Abtrünnigen die Hand reicht; er achtet die dritte Nationalität, die zwar ein ganz fremdes Element ist, aber das Geld, Einflüsse, Stimmen repräsentiert.

Kann somit ein Politiker der Tat Nationalist sein? Er muß die nationalistische Partei als eine Verschwörung gegen das Galizertum ansehen, welches ein Kompromiß mit allen und mit allem ist.

Was gehen ihn die polnischen Minderheiten in den Grenzmarken an, da er doch nur die Macht der Mehrheit schätzt? Wenn er die „Borzhynskiade“ über die „Bilinskiade“ schätzt, so tut er das eben ihrer Macht halber, die, wie aus einer gewissen berühmten Erzählung Zernowskis bekannt ist, sogar von den russischen Pädagogen gepriesen wird. Er selbst hält sich für einen Starken, und er schützt die Starken; die Nation aber heißt er Selbstmord begehen, denn so will es — die Vergangenheit. Aus dem Wahlagitator, aus dem Anhänger der Internationalität, aus dem Lobpreiser von Verrätern an der eigenen Sache

entwickelte sich der Kämpfer für die Idee der Tat. Keine äußere Tatsache hält ihn im Schwunge auf; ihn schmerzt kein Unrecht und keine alte oder neue Gewalttätigkeit. Die, welche die Landsleute vor Hunger und Kälte retten, nennt er Zerstörer; über die Abgrundlosigkeit des gemeinsamen Elends geht er gleichgültig zur Tagesordnung über. Er will nur Blut des Bluts halber und ohne Rücksicht auf etwas und auf jemand. Das Krakauer Feuilleton ist doch so sicher, das Papier doch so geduldig; die Pressen arbeiten für das Geld, das angeblich für die Legionen aufgebracht wurde, in der Tat aber für die Agitation des Radikalismus auf dem Gebiet der Erziehung, der Politik, der sozialen Arbeit, und es steigt allmählich in die Höhe nicht die Säule der Legionen, sondern ein Sumpf, der jeden nüchternen Gedanken ersäuft, über den nur ein Politiker hinwegschreiten darf, der es für den Gipfel der Weisheit hält, den Nationalismus der Vergangenheit zu zerstören. — Der Name dieses Politikers ist gleichgültig. Nennen wir ihn jedoch Erolowski, so würde dieser Name nur einen von vielen bedeuten.

Einer aus den Grenzmarken.

Aus Nr. 82 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. April 1916.

Denkschrift der russischen Reaktionäre.

Berlin, den 6. April. (WAT).

Die russische Presse beschäftigt sich immer noch mit den Gerüchten über Denkschriften, die von russischen Deutschenfreunden verfaßt sein und für die Notwendigkeit der Schließung eines Sonderfriedens sprechen sollen. Über dieses Thema wurde sogar eine ziemlich scharfe Polemik zwischen einzelnen Petersburger und den Moskauer Organen geführt, die jedoch zu keinem realen Resultat führte. Ihr einziges positives Ergebnis ist bis jetzt die Feststellung, daß die einschlägige Denkschrift zwar von einem Sonderfrieden nichts sprach, hingegen die nachstehenden Betrachtungen grundsätzlicher Natur enthielt:

„Bei der Kriegsführung mit den Deutschen muß man die deutschen Ideen sorgsam pflegen. Einzig diese Ideen sind im stande, Rußland eine starke Gewalt zu verleihen.“

Die Verfasser haben überhaupt mit allen Mitteln Deutschland gelobt, weil es die uralten monarchischen Grundsätze repräsentiere. Diese Denkschrift brachte eine in den Kreisen der Rechten bekannte Persönlichkeit nach Petersburg. Sie war unterschrieben von dem Redakteur einer gewissen alten monarchischen Zeitung, mehreren Geistlichen und einigen Personen aus dem Adels- und Kaufmannsstande. Die zweite Denkschrift war im Frühjahr 1915 eingereicht worden und mit 156 Unterschriften versehen. Von der Notwendigkeit des Friedens mit Deutschland ist in dieser Denkschrift gleichfalls nichts erwähnt. Ein bedeutender Teil der Denkschrift ist den Angelegenheiten der russischen Kirche und der inneren Verwaltung gewidmet. Dort ist auch die Rede von Reformen der orthodoxen Parodie, von der Reorganisation des Synods und von der auf orthodoxe Grundsätze gestützten Schulerziehung, Selbstherrschaft und Nationalität, wobei bemerkt wurde, daß der Kampf mit Deutschland nicht unter dem Zeichen des Kampfes mit dem Germanismus geführt werden solle und daß Deutschland auf dem Gebiet der Erhaltung starker Grundlagen für die militärische Vorbereitung der Jugend Verdienste besitze. Die moralische Hegemonie Deutschlands sei durchaus für Rußland erforderlich, damit die Fundamente der Selbstherrschaft, der Rechtgläubigkeit und der Nationalität nicht erschüttert würden.

Diese Enthüllungen riefen in der fortschrittlichen Presse ungewöhnliches Aufsehen hervor. (Rjecz.)

Aus Nr. 85 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. April 1916.

Von der Sicherung der freien Existenz der nicht russischen Nationalitäten in Rußland.

Berlin, den 10. April 1916.

In Petersburg ist die erste Nummer der neuen russischen Tageszeitung „Golos Rossii“ erschienen, die von dem Fürsten M. Andronnikow herausgegeben wird. In dem Leitartikel lesen wir u. a. was folgt: „Unser nächstes Ziel ist die Stärkung der staatlichen Macht Rußlands, damit die russische Nation in einer starken und mächtigen Monarchie glücklich und bequem leben und ein ebensolches Leben allen Nationen sichern könne, die auf unserem Boden aufgewachsen sind, uns gegenüber Wohlwollen hegen und unsere Freuden und Betrübnisse teilen.“
(Von der Zensur gestrichen.)

Aus Nr. 96 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 5. April 1916.

Anläßlich der Zusammenkunft in Lausanne

und der politischen von Herrn Dmowski im Ausland geführten Aktion erhielten wir aus der Schweiz eine Handvoll Informationen. Die Teilnehmer der Zusammenkunft sollen den Wunsch ausgesprochen haben, daß sich das Königreich Polen politisch nicht organisieren solle. Die Mitglieder des Nationalkomitees halten ihre Mandate nicht für erloschen, und die Tätigkeit, welche sie in Westeuropa entwickeln, stützt sich gerade auf diese Mandate.

Es ist geradezu unglaublich, daß das Nationalkomitee, nachdem es den Kredit im Lande vollständig verloren und durch die Flucht die Verbindung mit der Heimat eingebüßt hat, bemüht sein sollte, das Land weiter zu vertreten.

Im Lichte dieser Information stellt sich die entschieden abgeneigte Haltung, welche die rechtsstehenden Warschauer Gruppen gegenüber allen Bemühungen, welche die Schaffung einer nationalen Vertreterschaft im Auge hatten, deutlicher dar.

Aus Nr. 178 des Czas (Krakau)
vom 7. April 1916.

Gäste aus Dänemark.

Am vergangenen Dienstag erschienen aus Kopenhagen in Krakau Delegierte des dänischen Hilfskomitees für die durch den Krieg in Polen Geschädigten, welches seinen Sitz in Kopenhagen hat: Herr Ellinger, Professor der Akademie für Landwirtschaft in Kopenhagen, Abgeordneter im dänischen Reichstage, zugleich Vorsitzender des genannten Komitees, und Herr Friedrich Speron-Fiedler, fgl. Oberjägermeister, Großgrundbesitzer und Abgeordneter im Reichstage. Die Mitglieder des dänischen Komitees lernten einander während ihres Aufenthaltes in Krakau durch die Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees kennen. Die Ankunft der Herren Ellinger und Fiedler steht im Zusammenhang mit der Tätigkeit des dänischen Hilfskomitees und mit den Bemühungen der Gräfin Julie Ledóchowska. Das Komitee sandte in der vergangenen Woche 7 Waggon Mehl und 5 Fässer kondensierte Milch zu. Nach den von den Delegierten erstatteten Berichten entwickelt sich die Organisation der Hilfeleistung in den skandinavischen Ländern, besonders in Dänemark für die durch den Krieg Geschädigten in Polen sehr günstig und

verspricht reichliche Früchte. Ebenso reichlich, wie es für das fürstbischöfliche Hilfskomitee geschah, war die Opferwilligkeit des dänischen Komitees für Warschau, welches die Delegierten über die bereits vollzogene Sendung von 7 Waggon Mehl in Kenntnis setzten. Die Sendung ist bis jetzt in Warschau noch nicht angelangt.

Aus Nr. 96 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 5. April 1916.

Betrifft die Hilfsaktion in Amerika.

Die von Paderewski für Polen gesammelten Mittel in Amerika haben sich als bedeutend geringer erwiesen, als man erwartet hatte. Sie betragen insgesamt 220 000 Dollar. Von dieser Summe hat Paderewski allein 80 000 Dollar gespendet. Dies ist die Einnahme von Konzerten. Der ausgezeichnete Pianist und gleichzeitig einer der freigebigsten polnischen Bürger hat den ganzen Gewinn seiner Kunst-

reise zu Gunsten der vom Kriege heimgesuchten Landsleute gespendet. Außerdem haben die amerikanischen Polen 60 000 Dollar zusammengebracht, — eine verschwindend kleine Summe, wenn man bedenkt, daß in den Vereinigten Staaten fast 2 Millionen unserer Emigranten wohnen, daß in Chicago ihrer allein über 300 000 sind. 40 000 Dollar haben dem Paderewski seine persönlichen amerikanischen Freunde überreicht, und schließlich sind die letzten 40 000 Dollar die Summe aller Spenden, welche die Opferwilligkeit und das Interesse der Bürger der Vereinigten Staaten für das Schicksal Polens aufgebracht haben!

Diese letztere Summe — man muß sich dies aufrichtig sagen — stellt fest, daß, während die Kunstreise Paderewskis schöne Ergebnisse gezeitigt hat und seine bürgerliche Freigebigkeit bewunderns- und anerkennenswert ist, — seine politische Aktion in den Vereinigten Staaten fehlgeschlagen hat. Vielleicht war es übrigens nicht richtig, diese beiden Angelegenheiten, welche in ihren Voraussetzungen von einander so abweichen, zu verquicken.

